Thema: Landesverfassung für M-V
von Michael Will (Seite 3)

Mkl-Bestand

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 3. Jahrgang · Nr. 20 · 15. Mai 1992 · 1,00 DM

Seite 2	Seite 5	Seite 6	Seite 7	Seite 8	Seite 9
Interview Volkmar Seidel	GUS ohne Kernenergie	Strindbergs 80. Todestag	FilmFest Nachlese	Premiere in Parchim	Schule und Religion

Regierungserklärung:

Nichts Neues

Mecklenburgs Ministerpräsident Berndt Seite hat gesprochen, seine Regierungserklärung abgegeben. Probleme des Landes wurden wortreich gestriffen. Alles wurde bedacht und nichts Neues gesagt.

Hochschule: In Rostock demonstrieren zur Zeit die Studenten derweil die Rektorenkonferenz tagt. Die Tür des Uni-Hauptgebäudes ist mit einer großen Kette zugesperrt. Die Rektoren sehen's und sind's zufrieden, allen voran seine Magnifizenz Maeß. Die älteste Hochschule Nordeuropas sieht immer noch keine Perspektive. Dazu gibt es in Schwerin nur eine Antwort:"Der Hochschulstandort Mecklenburg-Vorpommern muß erhalten werden."

Arbeitsmarkt: Georg Fiedler, Präsident des Arbeitsamtes Nord, zählt für die 16.000 Schulabgänger dieses Sommers bis jetzt nur 4.000 Ausbildungsverträge, 3.000 sind noch frei, werden aber erst einmal nicht besetzt, weil Lehrbetriebe auf angekündigte Ausbildungsplatztförderungsmaßnahmen des Landes warten. Die jungen Leute aber wollen nicht warten und sehen sich westwärts um. Zunehmend wird hier eine Tendenz deutlich: Männliche Bewerber werden bei der Suche nach Arbeits- und Ausbildungsplätze bevorzugt behandelt.

Die Antwort: "Nachwuchsförderung ist eine Investition in die Zukunft..." "Wir wollen erreichen, daß möglichst jeder, der es wünscht, einen Ausbildungsplatz oder zumindest einen Platz in einer überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung in unserem Land erhält.", so Berndt Seite vor einer Woche im Schweriner Landtag. Und natürlich sollen die Frauen im Lande besonders gefördert werden, das versteht sich doch von selbst. Berndt Seite weiß, was Frauen wünschen.

Desweiteren: Der Werftstandort M-V muß bleiben, der Industriestandort auch, ebenso der Fremdenverkehr, die Kultur, die Landwirtschaft.

Der Ministerpräsident hat mit seiner Rede demonstriert: Die Probleme sind erkannt. Nicht mehr und nicht weniger. Alles war richtig und zugestandenermaßen sicher auch gutgemeint. Aber wo war der Akzent Seite, die konkrete Idee, wenigstens ein paar Ziele zu erreichen? Nun liegt es nicht jedem, von blühenden Rapsfeldern und grünen Alleen öffentlich zu träumen, aber nur die Alltagsaufgaben zu benennen und zuzusichern, sie anpacken zu wollen, ist auch zu wenig. Auch das sattsam bekannte Bekenntnis, zu christlicher Verantwortung und der Marktwirtschaft Ludwig Erhardts seligen Angedenkens läßt kein Herz höher schlagen.

So nüchtern die Aufzählung der Arbeitsfelder war, so selbstverständlich schien die Perspektive, die unser Land haben könnte, wieder einmal unter den Tisch zu fallen. Alles muß bleiben, verbessert und angegangen werden...

Aber worauf müssen wir uns als Bürger einlassen, worauf müssen wir verzichten, wie lange müssen wir warten? Derlei törichte Fragen blieben unbeantwortet, oder der forsche Ministerpräsident hatte sich nicht getraut, das Nötige zu sagen. Das blieb dem Oppositionsführer Harald Ringstorff überlassen, der diese Probleme konkreter benannte und zumindest ansatzweise Lösungvorschläge erkennen ließ.

Alles, was Berndt Seite sagte, war sehr bodenständig aber ohne Schwung. Der Neuanfang in der Politik Mecklenburg-Vorpommerns blieb nebulös. Der Blick über die Landesgrenze blieb fast ganz aus. Die Elenden in Afrika und die Armen im Osten kamen nur als mahnendes Beispiel zur Dankbarkeit in den Blick. Dabei wäre gerade hier die Möglichkeit, Zukunft und Funktion unseres Bundeslandes zu beschreiben.

Freilich, die grüne Lunge für die anderen Bundesländer zu bieten, ist nichts Spektakuläres, aber so wenig ist das denn nun auch nicht. Hier wäre mecklenburg-vorpommersches Selbstbewußtsein am Platze. Das dürfte die Bundesbürger schon etwas wert sein. Es gibt keinen Grund, das wenige, das wir zu bieten haben, unter Wert zu verkaufen.

Unser Bundesland als Ostseeanlieger könnte bei vergleichsweise geringer Küstenbelastung ökologisch-ökonomische Pilotmodelle für andere Anlieger entwickeln und einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenwachsen dieser Region leisten. Falls dem Ministerpräsidenten die Zubetonierung der Küste mit Wohn- und Werftanlagen vorschwebt, dürfte solche Vorreiterrolle einfach zu spät kommen, das haben andere Länder längst vorgemacht.

Wir sind Polens Nachbarn, bislang machen wir keinen Gebrauch davon. Deutsch-polnische Nachbarschaft wird bis jetzt nur von Brandenburg und Sachsen gepflegt. Es ist dort längst erkannt, daß die Grenzregionen alle Chancen haben, prosperierende Wirtschaftszentren zu entwikkeln. Bei uns wird eine Autobahn geplant, andere werden sie nutzen, wenn wir die Zeichen der Zeit verschlafen.

Mecklenburg-Vorpommern entwickelt sich zu einem Auswanderungsland. Einwanderer könnten eine Bereicherung für das Land darstellen, wenn wir uns entschlössen, sie anzusiedeln und nicht als unwillkommene Störenfriede zu behandeln.

Solche Zeichen dürfen von einer Regierungserklärung eines christlichen Politikers erwartet werden, sonst laufen die Bekenntnisse ins Leere, das wäre mehr als fatal.

r.m.

Frühling in Mecklenburg-Vorpommern **Foto: Rainer Cordes**

Alles wird gut (sagt Frau Schnoor)

Mit Erfolgsmeldungen aus dem Hochschulbereich erfreut Kultusministerin Schnoor - wohl um im Vorfeld der in Rostock stattfindenden deutschen Rektoren-Konferenz Eindruck zu machen. "Qualitativ gute Bildung aus Mecklenburg-Vorpommern" sei "auch in Zukunft garantiert". Das klingt wie ein Werbespruch für die sozialistische Obstproduktion. Zur Begründung verweist die Ministerin darauf, daß sich das Land seine Hochschulen - die Universitäten Rostock und Greifswald sowie die Fachhochschulen Stralsund, Neubrandenburg und Wismar - eine Stange Geld kosten läßt. Und wenn's mal wirklich nicht reicht, können "bei begründeten Anträgen Verstärkungsmittel für den Sachmittel-Bereich zur Verfügung gestellt" werden. Was nichts anderes heißen kann, als daß es an den Hochschulen hinten und vorne klemmt und man gerade so eben den Betrieb aufrechterhalten kann, wobei die "Verstärkungsmittel" wohl der Ersten Hilfe nach einem Kreislaufkollaps gleichkommen.

Und dann zählt die Ministerin auf, was alles kostet, - als ließe sich der Zustand eines Schiffes und die Qualität der Besatzung an der Anzahl der Bruttoregistertonnen erkennen: 4,4 Millionen Mark für "laufende Mittel", 10 Millionen für Betriebskosten und 61 Millionen für Bau-Investitionen. Und wenn man noch die Personalkosten "hinzurechnet", dann "stehen", so die Ministerin in einem hübschen Sprach-Bild, "den 14.000 Studenten rund 310,8 Millionen Mark gegenüber". Abgesehen davon aber, daß es so besser ist als umgekehrt, gehört schon einige Chuzpe dazu, die hohen Aufwendungen für die Instandhaltung zerbröselnder Gebäude und den Betrieb maroder Heizungsanlagen als Beleg für den Erfolgskurs der Landes-Hochschulpolitik zu präsentieren. Und daß das Land nahezu 200 Millionen Mark Personalkosten trägt, spricht eher dafür, daß man beim Abbau des aufgeblähten Personal-Bereichs noch nicht allzuweit vorangekommen ist.

Auch die "Erneuerung der Hochschulen ist einen enormen Schritt vorangekommen": Die Überleitungskommissionen, die die fachliche Eignung der Hochschullehrer überprüfen, "haben ihre Arbeit abgeschlossen und ... zwei Drittel der Anträge wurden positiv beschieden". Und als wär's eine Art Professoren-TÜV mit Güte-Siegel, versichert Frau Schnoor, die Studenten hätten somit "die Gewißheit, daß sich die Qualität ihrer Ausbildung mit den Hochschulen in ganz Deutschland messen kann".

Zum Wintersemester schließlich soll "die personelle und strukturelle Erneuerung der Hochschulen vollständig abgeschlossen" sein. Dann wird sich "mit ganzer Kraft den Inhalten von Forschung und Lehre gewidmet". Hoffentlich werden dann auch die Verlautbarungen der zuständigen Ministerin inhaltsreicher.

m.w.

Politik

Randbemerkungen

Absurdes Theater

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff", heißt es in einem Lied von Udo Lindenberg. Der Blödelreim ist zu einer treffenden Beschreibung des geistigen Zustandes der leitenden Angestellten in den öffentlichen Funktionen der Bundesrepublik Deutschland geworden, wie ja auch einst der"Sonderzug nach Pankow", den der Rocksänger zu Honny auf die Reise schickte, die nonchalante Haltung der westdeutschen Gesellschaft gegenüber der DDR stimmig wiedergab.

Es muß ja nicht gleich in die Boote gesprungen werden, obgleich es schon interessant ist zu sehen, wie der dienstälteste Minister bereits seine eigene kleine Rettungsinsel zu Wasser gelassen hat. Aber man möchte doch schon gerne überzeugt werden, daß die Schiffsführung die notwendigen Rettungsanweisungen kennt und die Besatzung an den Lenzpumpen steht. Stattdessen allenthalben nur absurdes Theater.
Dafür einige Beispiele:

Bundesfinanzminister Theo Waigel legte nach vielen Reden über ein "knallhartes Sparprogramm" einen Plan vor, der von der eigenen Fraktion als dünn und dürftig eingestuft wird, doch aus Gründen der Parteiräson nicht kritisiert werden darf. Das hingegen tut ungeniert FDP-Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann, der, obgleich selber mit großangekündigten Sparplänen gescheitert, sich auf den Platz des Vizekanzlers gedrängt hat und anderen Ratschläge erteilt.

Absurdes Theater auch bei denen, die landläufig, doch in feudaler Verkehrung der Begriffe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer genannt werden. Man habe eine soziale Komponente in den neuen Tarifvertrag einziehen können, redet die ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies sich und ihrer enttäuschten Gefolgschaft den teuer erkauften Scheinsieg schön und meint damit, daß die Spitzenverdiener im öffentlichen Dienst lediglich auf die einmalige Zulage verzichten müssen. Den eklatanten Abstand zwischen oben und unten in der Tarifskala mochte auch die Gewerkschaftsführung nicht mindern.

Zugleich aber malen die Ideologen der Leistungsgesellschaft den Untergang der Marktwirtschaft an den sich verfinsternden Konjunkturhimmel. Eine größere Lohngerechtigkeit, also die Verminderung der Einkommensunterschiede zwischen oben und unten, gehe auf Kosten der Tüchtigen, klagen sie. Damit sind aber nicht die Hunderttausende in den sozialen Diensten gemeint, die, schlecht bezahlt, der Gesellschaft die Sorge und Verantwortung für die Alten und Armen, die Kranken und Pflegebedürftigen abnehmen, sondern die gehätschelten "Leistungsträger" in den Spitzenpositionen der Behörden, die ständig mit ihrer Abwanderung in die freie Wirtschaft drohen.

Und auch der Beamtenbund, die mächtige Interessenvertretung einer anachronistischen Berufsgruppe, ist zum Beutemachen angetreten. Nachdem sich diese Mandarine des Öffentlichen Dienstes mit Berufung auf Stand und Status aus dem Streik herausgehalten haben, machen sie die von der gering geschätzten ÖTV erstrittene Tariferhöhung zur Grundlage ihrer weitergehenden Forderung.

So wird kein Verständnis für die Notwendigkeiten zu erringen sein, die die gewaltigen Aufgaben der Vereinigung erfordern. Aber es erklärt den Eiertanz, den die Regierung nun seit mehr als zwei Jahren macht, um nicht von Einschränkungen, Steuererhöhungen oder gar von Opfern zu sprechen.

Dabei wäre ja gar nicht von Blut, Schweiß und Tränen zu reden, wie es Winston Churchill im Kriegsjahr 1939 dem britischen Volk ankündigte. Wir sind nicht im Krieg. Aber auch der Frieden ist nicht geringerer, wenngleich anderer Anstrengungen wert, zumal ein Frieden, der nicht nur die materiellen Schäden des vierzig Jahre währenden Wettkampfs der Systeme zu tilgen hat, sondern auch die Schützengräben des Kalten Krieges hinter sich lassen muß, und das heißt auch Verzicht auf die benevolente Besatzermentalität, die noch vielfach das Verhältnis zwischen West- und Ostdeutschland vergiftet.

Bernd C. Hesslein

„Verfassungsschutz in Demokratie eingebunden"

Seit Ende März verfügt auch M-V per Gesetz über ein voll funktionsfähiges Landesamt für Verfassungsschutz. Momentan sind die ca 50 Beamten mit dem Aufbau ihres Landesamtes beschäftigt. Im Gespräch der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Volkmar Seidel.

Es treten immer wieder Kritiker auf, die die Stasi und westliche Geheimdienste in einen Topf werfen...
Da werden Äpfel mit Birnen verglichen, die Stasi hat im großen und ganzen ohne jegliche Legitimation gearbeitet und basierte auf Befehl und Gehorsam. Sie hatte allumfassende Rechte und ihr Hauptaufgabenfeld lag mehr in der Stabilisierung der eigenen Regierung als in der Sicherung der Bürger und des Landes. Die Aufgaben des Verfassungsschutzes sind gesetzlich umschrieben und parlamentarisch legitimiert. Es gibt sehr strikte und stringente Regelungen, die den Verfassungsschutz völlig in das System der Demokratie einbinden. Wir verfügen über keine Exekutivbefugnisse und im übrigen gibt es eine Reihe von Instanzen, die unsere Arbeit weitestgehend kontrollieren.

Welche rechts- und linksextremistischen Tendenzen sind in M-V zu verzeichnen?
Wir haben eine Reihe von rechtsextremistischen Gewalttaten und ein Anstieg dieser im letzten Jahr zu verzeichnen. Rechtsextremistische Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzes setzen einen politischen Hintergrund voraus. Wir haben im Skinbereich ca 150 Rechtsextremisten im Lande, die zur Gewalt neigen. Darüberhinaus versuchen Parteien hier Fuß zu fassen, die DVU hat einige Schwierigkeiten, einen Landesverband zu gründen, die NPD ist aktiv, der Landesvorsitzende kommt aus Rostock, die Reps haben bereits einen Landesverband. Im linksextremistischen Bereich haben wir recht wenig Erkenntnisse, es gibt eine geringe Anzahl an Hausbesetzungen und für Autonome typische Aktionen.

Wie ordnet sich da die PDS ein?
Ich habe bei der PDS ein bißchen Probleme, links- oder rechtsextrem zu sagen... Sie kann ihre Herkunft, die Herkunft ihrer Mitglieder und der finanziellen Mittel nicht leugnen. Sie hat eine sehr starke kommunistische Plattform und verschiedene Äußerungen, zumindestens auf Gesamtbundes-Ebene, lassen vermuten, daß die PDS mit dem Demokratieverständnis es nicht allzuweit bringt. Sie ist nach einer Übereinkunft der Innenminister ein sogenannter Beobachtungsfall, d.h. es findet keine durchgehende Beobachtung statt - die Äußerungen aus Presse, Sitzungen und Tagungen werden ausgewertet. Hier in M-V steht eine Entscheidung des Innenministers zur PDS noch aus.

Wie verhält es sich mit Ausländerextremismus?
Damit haben wir bisher sehr wenige Erfahrungen. Die Kurdenorganisation, speziell die PKK ist hier bisher kein Thema. Mit den Vietnamesen hat eher die Polizei zu tun, beim gewerbsmäßigen Schmuggel bzw. im Hehlerbereich. Weitere Anhaltspunkte gibt es nur ganz vereinzelt, die deuten auf den nahen Osten.
Zum Beispiel Irak?
Ja.
Die Akten der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) sind vernichtet worden, Kopien sind im Besitz des KGB. D.h., im Bereich ehemaliger Außenhandelsbetriebe usw. sind viele unentdeckte Agenten zu vermuten, jederzeit erpreßbar vom russischen Geheimdienst...
Das ist in der Tat eine große Gefahr. Wir versuchen insbesondere den HVA-Bereich aufzuklären. Es ist von einer ganzen Reihe noch unentdeckter Agenten auszugehen. Viel gefährlicher wird es, wenn sich Leute in solchen Kompromatsituationen befinden, die etwas zu verlieren haben, wenn sie heute angesprochen werden, in irgendeiner Form weiterzuarbeiten. Wir wissen von Überläufern, daß der KGB über eine Reihe von Informationen und Akten verfügt und damit diese Leute jederzeit angehen kann.

Welche Gefahr geht von geheimen Treffs ehemaliger MfS-Angehöriger aus?
Sicher ist jeder Beamte seinem Dienstherren zur Loyalität verpflichtet. Es ist ganz klar, daß sich die Beamten nach den Vorgaben ihrer Dienstvorgesetzten zu richten haben, soweit sie diese Vorgaben nicht zu einem rechtswidrigen und unmoralischen Verhalten auffordern. Aber es ist in der Macht des Ministers zu sagen, hier stellen wir jetzt die Beobachtungen ein. Ich nehme für mich in Anspruch, parteilich nicht gebunden zu sein und nicht als Parteistratege hier zu sitzen, sondern für den Aufbau des Verfassungsschutzes.

Kommt Ihnen manchmal in Anbetracht unserer Vergangenheit ein mulmiges Gefühl auf bei der Werbung von Informanten?
Nein, jeder Dienst lebt davon, Informationen zu bekommen. Und ich sehe unsere Aufgabe gar nicht soviel anders als die Aufgabe der Presse, die sehr viel Geld dafür ausgibt. Informationen aus erster Hand zu kaufen. Ich wünschte, wir hätten diese Mittel zur Verfügung - dann wären wir in Besitz besserer Informationen.

Es geht die Angst um, daß noch Telefone abgehört werden. Auch bei Ihnen hängt ein Plakat, welches vor vertraulichen Gesprächen am Telefon warnt...
Es wird nicht mehr flächendeckend abgehört. Ich kann nicht ausschließen, daß es einzelne Interessierte gibt, die noch vorhandene technische Möglichkeiten evt. nutzen. Unser Anti-Lausch-Trupp hat in Einzelfällen noch intakte Anlagen entdeckt, in einem Fall sogar einen Verbraucher am Ende der Leitung festgestellt. Auch Telekom hat einen Anti-Lausch-Trupp.
Der Verfassungsschutz ist föderativ in Landesämter gegliedert. Besteht da nicht immer die Gefahr, zu sehr unter die Räder der Parteienpolitik zu geraten?
Sicher ist jeder Beamte seinem Dienstherren zur Loyalität verpflichtet. Es ist ganz klar, daß sich die Beamten nach den Vorgaben ihrer Dienstvorgesetzten zu richten haben, soweit sie diese Vorgaben nicht zu einem rechtswidrigen und unmoralischen Verhalten auffordern. Aber es ist in der Macht des Ministers zu sagen, hier stellen wir jetzt die Beobachtungen ein. Ich nehme für mich in Anspruch, parteilich nicht gebunden zu sein und nicht als Parteistratege hier zu sitzen, sondern für den Aufbau des Verfassungsschutzes.

Interview: Constanze Steinke

Seele auf Waffeleis

Hansa-Park, am Eis-Stand. Der alte Mann und die alte Frau haben sich gerade jeweils eine Riesenwaffel mit drei großen Eis-Kugeln gekauft. Jetzt steh'n sie nebeneinander und lecken wortlos, den Blick auf das Toilettenhäuschen vor ihnen gerichtet. Die beiden denken jetzt nur an ihr Eis.

Da schwappt die Rest-Familie heran, die jetzt, wie eine schrille Rothaarige mit überschnappender Stimme verkündet, „den Überschlag fahren" will, „und dabei dürfen ja die Kinder nicht mit". „Dürfen nicht mit", echot ein halbstarker Jüngling, der es genießt, selbst dabeibleiben zu dürfen. Schon wechseln die Kinder vier an der Zahl - die Seiten und stellen sich murrend zu den Großeltern.

„Ja, wie soll'n wir denn..." hebt die Alte zu Einwänden an. Aber da setzt sich der Pulk schon unter unartikulierten Bekundungen von Vorfreude in Bewegung. Ruhe nach dem Sturm. Der Großvater betrachtet sein Eis, das ihm aus der aufgeweichten Riesenwaffel über die Hand zu laufen beginnt. „Eis, Eis!" plärren die Kinder, und ein schwarzhaariger Winzling beginnt, Opas Hand abzulecken.

Großvater ruft jetzt seinerseits: „Eis!" und fährt fort: „Mutti, die Kinder kriegen jedes ein mittleres Eis". Protestgeschrei: Alle wollen das gleiche Riesenwaffel-Eis, wie es Großvater und Großmutter gerade über die Jackenärmel läuft. Großvater, der durch zwei an seinem Eis-Arm hängende schreiende Kinder gehindert ist, die tropfende Waffel zum Mund zu führen, jault auf und vollführt eine abwehrende Handbewegung, die das flüssige Eis auf den Hemdkragen befördert. Mit einem wehen Schmerzenslaut drückt er dem Ältesten zehn Mark für nun doch beliebig viel Eis in die Hand. Die Kinder stürmen los, die beiden Alten betrachten ihre zerlaufenen Eis-Reste.

Zwei Stunden später sehen wir sie alle wieder: Mit verzerrtem Gesicht steht Großvater vor der Looping-Bahn und sucht schreiend und mit wilden Gesten den Kinds-Eltern, die gerade - gleichfalls schreiend - „den Überschlag" durchfahren, seinen Notruf zu übermitteln. Die Großmutter hat derweil die Kinder an sich hängen: „Oma, komm, Looping" höre ich und: „Wir woll'n ein großes Eis". Da wendet sich Großvater ab: Gegen den Wind, das Fahrgeräusch und das Kreischen der Überschlag-Fahrer kommt er nicht an. Er weint fast.

Waldemar Schlegel

Andere Meinungen

Das schnelle Streikende im Öffentlichen Dienst mit einem umstrittenen Ergebnis beschäftigt vor allem die im europäischen Vergleich streikunerfahrenen Medien der Bundesrepublik Deutschland. Daneben fand der fraktionsübergreifende Kompromißvorschlag zur anstehenden Neuregelung des Abtreibungsparagraphen 218 das Interesse der Kommentatoren.

Eine positive Seite gewinnt die FRANKFURTER RUNDSCHAU dem Streik ab, dessen Ergebnis sie als wenig berauschend bezeichnet. Das Blatt stellt fest:

„Ein unnötiger Konflikt hatte insofern sein Gutes: Er hat Klarheit darüber geschaffen, daß manches eben doch nicht geht in unserem Land. Zum Beispiel die Demütigung von Gewerkschaften. Zwar hat der Streik vieltausendfach Vorurteile und Abneigungen gegen Gewerkschaften mobilisiert. Aber dann ist der Versuch, kleine Leute flächendeckend gegen ihre Interessenvertretung auszuspielen, eben doch überzeugend mißglückt.

Natürlich wird nun das Jammern anheben, die ÖTV habe die Staatskasse geplündert. Und natürlich sind 16 Milliarden Mark zusätzliche Personalkosten kein Pappenstiel. Bloß soll man die Tassen im Schrank lassen - und schon gar nicht müssen sich die Millionen von Kleinverdienern ein schlechtes Gewissen machen, wegen ihrer angeblichen Unfähigkeit zum Teilen, die sich beispielsweise keinen Deut um den Osten scheren."

Die traditionell wirtschaftsfreundliche Zeitung DIE WELT kritisiert die Verhandlungstaktik der öffentlichen Arbeitgeber, die durch den Bundesinnenminister Rudolf Seiters und die Landesfinanzministerin Heide Simonis repräsentiert wurden. Unter dem Titel „Böse Fehler" schreibt der Kommentator:

Die Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes sind den Bürgern für ihr Verhalten im Tarifkonflikt eine plausible Erklärung schuldig. Denn diesen Kompromiß hätten Bund, Länder und Kommunen früher haben können - und wohl auch billiger. Aus heutiger Sicht waren die elf Streiktage mit ihren unangenehmen Begleiterscheinungen überflüssig. Den Streik hatten die Arbeitgeber riskiert, weil sie einen Abschluß über 5,4 Prozent finanziell für unannehmbar hielten. So war die Ablehnung des Schiedsspruchs jedenfalls begründet worden. In diesen elf Tagen hat sich aber die finanzielle Gesamtlage unseres Landes nicht verändert.

Die Zeichen stehen nicht gut. Weder politisch, noch was das soziale Klima im Land betrifft. Die Krisen, die sich aus Führungsschwächen ergeben, nehmen besorgniserregend zu."

Die Industrie und Wirtschaft geistig verbundene FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG macht sich Gedanken über die Einschränkung der Macht der Gewerkschaften. In dem „ Nach elf Tagen eine Demütigung" überschriebenen Kommentar wird folgendes festgestellt.

„ Wenn die Macht ungleich verteilt ist, muß das System reformiert werden. Zunächst wird man sich mit pragmatischen Korrekturen zu behelfen haben. Es sollte nun möglichst rasch möglichst viel privatisiert werden, damit das Machtgewicht der ÖTV und ihrer Nachbargewerkschaften der Bahn und Post verringert wird.

Noch weitere Lehren sind zu ziehen. Bei voller Erhaltung der Koalitionsfreiheit muß das Tarifkartell entmachtet werden. In die Marktwirtschaft paßt es nicht. Und für den sogenannten sozialen Frieden ist es zu teuer."

Die in München erscheinende SÜDDEUTSCHE ZEITUNG widmet sich dem Rücktritt des CDU-Fraktionsvorsitzenden Peter Michael Diestel, in dem sich für den Kommentator nur das vorläufige Ende eines lang anhaltenden Machtkampfes zwischen Politikern aus dem Osten und dem Westen des Landes widerspiegelt. Der Kommentar kommt zu dem Schluß:

„Diestel hat versucht, sich an die Spitze einer Bewegung zu stellen, welche eine DDR-Brüderschaft beschwört. Deshalb hat er sich dem Konfrontationskurs von Fink und der CDU gegen Stolpe verweigert. Deshalb hat er die neue brandenburgische Verfassung unterstützt, die auf dem Entwurf des Runden Tisches fußt. Den aussichtslosen Amoklauf der CDU gegen diese Verfassung hat er nicht mitgemacht. Diestel spricht von einer Treibjagd gegen die ostdeutschen Politiker, und damit trifft er die Stimmung im Lande. Seinen Rücktritt wird er zum verzweifelten Protest gegen eine vom Westen beherrschte CDU-Politik stilisieren. Das bringt ihm Sympathien in Brandenburg.

Der Machtkampf in der CDU ist daher nur verschoben. Am 14. Juni, bei der Volksabstimmung über die neue Landesverfassung, wird Ulf Fink eine furchtbare Niederlage erleiden. Dann schlägt Diestels Stunde wieder."

Das HAMBURGER ABENDBLATT greift die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bernd Seite auf. In seinem „Wunschdenken" überschriebenen Kommentar meint das Blatt:

„Der Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Berns Seite, verspricht für sein Land eine ‚Politik christlicher Verantwortung'. Was immer er darunter versteht, es sollte auf jeden Fall eine Politik der Wahrheit und nicht der leeren Worte sein. Dies könnte aber der Fall werden, wenn er gleichzeitig an der Ostseeküste den ‚besten Schiffbau Europas' schaffen will.

Es müßte dem Schweriner Ministerpräsidenten auch zu denken geben, daß in seiner Werftindustrie der Bremer Vulkan-Riese das Sagen haben wird. Und dem ist das Hemd näher als die Jacke. Sicher kann Berndt Seite den besten Schiffbau in Europa haben, aber er müßte ihn mit viel Geld bezahlen. Ein Unding, wenn er gleichzeitig mehr Geld aus Bonn fordert."

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation, veröffentlicht unter der Lizenznummer 76, ISSN 0863-369 X, Register-Nummer 309

Herausgeberin und Chefredakteurin: Regine Marquardt
Beratung: Dr. Cora Stephan
Redaktions-Sekretärin: Anke Sendrowski

Redaktion:
Politik Regine Marquardt
Kultur Wolfram Pilz
Bildung/Soziales Patricia Kaufmann

Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH Puschkinstraße 19, 2750 Schwerin, Telefon 8 33 88
Verlagsleitung: Hans-Ulrich Gienke
Anzeigen: Reiner Prinzler
Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Politik

In mäßiger Verfassung

Zur Präsentation des Kommissions-Entwurfs für die Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns gab's letzte Woche im Schweriner Landtag appetitliche Schnittchen, zufriedene Gesichter und allerlei Selbstlob der Beteiligten: Dafür, daß uns vierzig Jahre Demokratie fehlen, machen wir's doch eigentlich ganz gut, ließen sich Prachtl (CDU), Goldbeck (FDP) und Eggert (SPD) vernehmen; als würde eine Leistung dadurch besser, daß man die Maßstäbe drückt, an denen sie gemessen wird.

Dabei ist es ja absurd, ausgerechnet in der Verfassungs-Debatte unter Berufung auf die vierzig subalternen Jahre mit Ergebnissen zufrieden zu sein, die man selber gerade mal für solide hält; umgekehrt wird ein Schuh draus: Die Gelegenheit, auf die Erfahrungen aus vierzig Jahren bundesdeutscher Verfassungs-Geschichte plus das eigene Erleben der kommunistischen Fassaden-Demokratie zurückzugreifen öffnet Gestaltungs-Spielräume und setzt hohe Maßstäbe, denen man sich ohne Wenn und Aber zu stellen hat. Die selbstmitleidige, präventiv-entschuldigende Bescheidung auf das Mittelmaß als politischen Normalfall ist jedenfalls kein Beitrag dazu, die verbliebenen Reste öffentlichen Interesses und bürgerschaftlichen Engagements an der jungen Demokratie lebendig zu halten.

Dabei brauchen sich die Verfassungs-Macher von Schwerin eigentlich gar nicht so klein zu reden, - der vorgelegte Entwurf ist die „breite Diskussion mit der Bevölkerung" durchaus wert, die man einerseits am Donnerstag in Aussicht gestellt, andererseits aber für angesichts abzusehender Gleichgültigkeit der Bürger („die haben andere Sorgen") faktisch nicht führbar erklärt hat. Und die Volksabstimmung, die laut Beschlußlage zur neuen Verfassung laufen muß, kann sich, weil ja sonst sowieso niemand hinginge, zumindest bei den „Etablierten" niemand so recht ohne zeitliche Anbindung an einen sowieso anstehenden Wahl-Termin vorstellen. Aber auch da verschanzt sich die Lahmheit der Akteure hinter der Ungunst der Umstände: Denn die Vertreter zumindest von CDU und FDP geben sich in Sachen Volks-Diskussion und -Entscheid wie Animateure, die keine Lust haben, im Altenwohnheim für die Teilnahme am großen Frühjahrslauf zu werben. Da fühlt man sich als Volk ja nun wirklich nicht gerade geschmeichelt, geschweige denn überzeugt.

Dieser verzagten Sicht des zur Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten angesichts drängender Probleme unwilligen Volkes setzen Bürgergruppen und Grüne (in Übereinstimmung mit der PDS) nachgerade ein Kitsch-Gemälde vom nach allgemeiner Durchdringung der Entscheidungsprozesse dürstenden Volk entgegen: der bislang schlafende Riese steht nun auf, wirft die institutionellen Krücken der parlamentarischen Demokratie beiseite und bestimmt fortan selber, wo's langgeht.

„Das Volk'' wird so zum Mythos gemacht, hinter dem sich der eigene Mangel an konkreten Konzepten für konkrete Probleme prima verstecken läßt; dem Staat weist man derweil die Rolle des General-Garanten für's allgemeine Menschenglück zu. Und weigert sich die ihn regierende Parteien-Mehrheit, diese Rolle anzunehmen, bekommt er unverzüglich das Etikett „asozial'' aufgeklebt (so Heiko Lietz vom Bündnis 90 bei der Vorstellung des Verfassungs-Entwurfs). Erstaunlich und beklagenswert, daß die Bürgergruppen nicht wahrhaben wollen, wie sehr sie im festen Glauben an die erneuernde Kraft solcher Vorstellungen just das Weltbild und Staats-Verständnis weitertragen, für das der reale, irreale Sozialismus gerade den Offenbarungseid geleistet hat.

Namentlich das „Recht auf Arbeit" für Alle als einklagbares Grundrecht (und nicht etwa, wie im Mehrheits-Entwurf vorgesehen, als ein wesentliches Ziel staatlichen Handelns), das Bürgerbewegungen und Grüne fordern, ist angesichts der ökonomischen Verwerfungen vom Schiffbau bis zur Landwirtschaft und bei nicht viel weniger als dreißig Prozent Erwerbslosen im Land ein gar hübsches Blümchen auf die Backe des Wahlbürgers: Das schier Unmögliche wird zur selbstverständlichen moralischen Pflicht einer jeden Regierung erklärt. So entflieht man unter dem Vorwand, den Staat zu seinen Aufgaben zu führen, aus der in Mecklenburg-Vorpommern besonders tristen Grau-Zone der Alltags-Politik in die lichten Höhen des Prinzipiellen. Und bei den Bürgern werden falsche Erwartungen geweckt, die nach ihrer absehbaren Enttäuschung den Grundstock zur vielbeschworenen „Staatsverdrossenheit" bilden.

Der Souverän, das Volk, soll zudem jederzeit den Landtag per Plebiszit auflösen können. Na gut, könnte man sagen, das Volk schickt bei Nichtgefallen seine Vertreter einfach nach Hause. Aber in einem Land, in dem die Not derart die Emotionen hochtreibt, wäre mehr Zurückhaltung in Bezug auf populistische Verwässerungen der parlamentarischen Demokratie angebracht und mehr Ambition, es erst einmal ernsthaft mit den Regelungs- und Mitwirkungs-Mechanismen dieser Ordnung zu versuchen.

Außerdem, man ahnte es schon, wird schon wieder in nahtloser Übereinstimmung von Bürgergruppen und PDS die System-Frage gestellt, die wir offenbar fälschlich mit dem Beitritt zur Bundesrepublik beantwortet wähnten: Die Freie Marktwirtschaft, so der Sprecher des Bündnis 90, stehe, weil „unmoralisch", im Rahmen einer bundesweiten Verfassungs-Debatte „zur Disposition". Unterhalb von Revolution ist mit den Bürgergruppen Mecklenburg-Vorpommerns offenbar nichts zu machen. Die Kritik derer, die das beklagen, sollten die Bürgergruppen nicht als Stänkerei und Beleidigung abtun; die Verfechter des gesellschaftlichen Dialogs wären gut beraten, gerade die Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Politik als Chance zu verstehen.

Verfassungs-Diskussion ist unter den am vorvergangenen Donnerstag deutlich gewordenen Vorzeichen in der Tat ein schwieriges Unterfangen: Die Einen trauen sich und ihrem Volk erst gar nichts zu außer Desinteresse und Schwunglosigkeit, die Anderen können's nicht ertragen, wenn unterhalb ihrer Lieblings-Ebene der allgemeinen Gesamt-Utopie debattiert wird. Der Wunsch wird übermächtig, es möge noch etwas dazwischen geben.

Michael Will

Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns

Die aus Vertretern der Landtags-Parteien, der Bürgerbewegungen und Grünen sowie von den Parteien benannten Sachverständigen zusammengesetzte Verfassungs-Kommission hat jetzt ihren Entwurf vorgestellt. Er umfaßt neben dem von der Kommissions-Mehrheit getragenen Text auch den Wortlaut der Minderheits-Voten und Alternativ-Vorschläge zu den einzelnen Artikeln.

Der jetzt vorgelegte Entwurf sucht der besonderen Entwicklung in den neuen Ländern damit Rechnung zu tragen, daß er die Mitwirkung nicht nur der politischen Parteien, sondern auch der Bürgerbewegungen an der politischen Willensbildung festschreibt.

Mecklenburg-Vorpommern erlegt sich im Kapitel „Staatsziele'' des Entwurfs den Schutz und die Pflege „der natürlichen Grundlagen jetzigen und künftigen Lebens'' sowie die „sparsame Nutzung und Wiederverwendung von Rohstoffen, Energie und Wasser'' auf. Im gleichen Kapitel wird „die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern'' zur Landes-Aufgabe erklärt; ferner wird festgehalten, daß das Land „einen hohen Beschäftigungsstand, ... Wirtschafts-Wachstum, ein stabiles Preisniveau und soziale Gerechtigkeit anstrebt''. Schließlich verpflichtet sich der Staat, „darauf hinzuwirken'', daß „jedem angemessener Wohnraum zu sozial tragbaren Bedingungen zur Verfügung steht''.

Ein gesonderter Passus ist dem immer wieder angekündigten „plebiszitären Element'' gewidmet: Die Bürger sollen das Recht haben, „den Landtag mit bestimmten Gegenständen ... zu befassen und mit Gründen versehene Gesetz-Entwürfe" einzubringen, die von einer in der Kommission noch unterschiedlich hoch angesetzten Zahl von Wahlberechtigten unterzeichnet sein müssen. Stimmt der Landtag einer solchen Initiative nicht zu, bleibt den Bürgern die Möglichkeit, ein Volksbegehren (zu dem wiederum die Unterstützung einer noch offenen Zahl von Wahlberechtigten erforderlich ist) herbeizuführen; das wiederum mündet in einen Volksentscheid, der der Initiative bei Zustimmung mindestens der Hälfte der Wahlberechtigten zur Gültigkeit verhilft.

Der nach der letzten Landtagswahl von der CDU/FDP-Koalition zur Belohnung für den mehrheits-sichernden Übertritt des derzeitigen Amtsinhabers geschaffene Posten des Bürgerbeauftragten soll künftig durch Wahl im Landtag besetzt werden. Die Vertreter der Bürgerbewegungen und der Grünen konnten sich mit ihrer Forderung nicht durchsetzen, die im Bereich der „Staatsziele'' rangierende Selbstverpflichtung des Staates zur Schaffung ausreichend vieler Arbeitsplätze und von genügend Wohnraum durch ein einklagbares Grundrecht auf Arbeit und Wohnung zu ersetzen. Ebensowenig drangen sie mit ihrer Initiative für die Möglichkeit durch, den Landtag durch Volksentscheid aufzulösen und so Neuwahlen herbeizuführen.

m. w.

Der deutsche Dauerstreit: Paragraph 218

Der 218 muß, so schreibt es der Einigungsvertrag vor, bis Ende 1992 neu geregelt werden, sonst entscheidet das Bundesverfassungsgericht und das alte Recht des Westens würde einfach verlängert.

Im Osten ist der Schwangerschaftsabbruch bisher straffrei, im Westen gibt es eine sehr restriktive Indikationsregelung mit einer Strafandrohung gegen die Frauen.

Kein Problem spaltet die Gesellschaft tiefer, als dieses. CSU, sogenannte Lebensschützer und Katholische Kirche betrachten jeden Schwangerschaftsabruch als Mord. Für sie wird mit dem Abbruch die Schöpfung, der Respekt vor dem göttlichen Willen oder dem natürlichen Werden nicht hinnehmbar verletzt. Die Gentechnik, Manipulation von Erbgut, Befruchtungen im Reagenzglas lehnen sie als menschlichen Machbarkeitswahn ab, weil das die letzten Schranken des Schutzes jedes einzelnen Menschen in seiner Unverwechselbarkeit einreißen würde.

Das sind ernst zunehmende Argumente. Mit ihrer Abqualifizierung als ewig gestrig sind sie nicht zu erledigen. Eine Gesellschaft kann auf Dauer nur schlecht damit leben, daß eine große Minderheit der Mehrheit permanenten Mord vorwirft.

SPD, Grüne und Frauenbewegung laufen seit über 20 Jahren mit der Parole "Mein Bauch gehört mir" gegen den 218 Sturm. Ihnen folgen heute nach allen Umfragen deutliche Mehrheiten. Es ist mit dem Gedanken der Gleichheit vor dem Gesetz unvereinbar, daß Frauen unter gesellschaftlich bestimmten Gebärzwang gesetzt und beim Abbruch kriminalisiert werden, während Männer sich so verhalten, als hätten sie damit nichts zu tun und dennoch in allen Gremien über die entscheidenden Mehrheiten verfügen.

Was tun?

Im Bundestag liegen mehrere saubere und seit dieser Woche ein überparteilicher Kompromißantrag vor.

Eine Gruppe um den CSU-Abgeordenten Werner verlangt eine Verschärfung des 218. Die CDU-Mehrheit beantragt die Bekäftigung des geltenden Rechts. Die FDP wollte bisher eine liberalisierte Indikationsregelung mit Beratungspflicht. Alle drei Entwürfe halten an der Strafandrohung fest. Die SPD wollte bisher eine reine Fristenregelung(ohne alle Einschränkung bis zur 12. Woche) ohne jede Strafandrohung, eine freiwillige Beratung und ausgedehnte Hilfen. Bündnis 90/Grüne verfocht die völlige Streichung des 218, die völlige Freigabe des Abbruchs in das Belieben der Frauen.

Der Fraktionszwang ist von allen Parteien für die Abstimmung aufgehoben. Die Neuregelung muß sich am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1975 orientieren. Hier ist festgeschrieben, daß „das Recht des werdenden Lebens den Vorrang genießen muß" vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau. Urteile des Bundesverfassungsgerichtes haben Verfassungsrang, aber auch sie sind historisch gewachsen und können in neuen Urteilen korrigiert werden. Auch wenn das nur selten vorkommen sollte, möglich ist es. Es galt also für die kompromißbereiten Abgeordneten aus allen Parteien eine Formulierung zu finden, die alle diese Einwände und Bedingungen berücksichtigt.

SPD- und FDP-Fraktion, ostdeutsche CDU- und Bündnis 90/Grüne-Abgeordnete einigten sich auf einen Gruppenantrag, der gute Chancen hat eine Mehrheit zu finden. Sie schlagen eine modifizierte Fristenregelung mit einer Pflichtberatung vor. Bis zur 12. Woche soll der Abbruch straffrei bleiben, wenn die Frau zuvor eine Pflichtberatung aufgesucht hat. „Die Beratung dient dem Lebensschutz durch Rat und Hilfe für die Schwangere unter Anerkennung des hohen Wertes des vorgeburtlichen Lebens und der Eigenverantwortung der Frau". Bis zur 22. Woche soll der Abbruch nach medizinischer und genetischer Indikation ebenfalls erlaubt sein, wenn die Frau sich in „besonderer Bedrängnis" befunden hat. Ergänzt wird dieser Vorschlag durch ein Recht auf einen Kindergarten-Platz und soziale Hilfe für Schwangere. Dieser Gesetzentwurf hat auch bei den Richtern in Karlsruhe Aussicht zu bestehen.

Er verschlechtert die Rechte der Frauen im Osten und verbessert minimal die Rechte der Frauen im Westen.

Die grundsätzliche Frage aber, zu welcher gesellschaftlichen Definition des Lebensbeginns die Gesellschaft sich durchringt - den Moment der Zeugung oder die 12. Woche, bleibt offen. Das ist gut so. Es hat lebensbedrohende Folgen für Behinderte, Kranke und ALte, wenn ein schrankenloses Selbstbestimmungsrecht die Lebensdefinition allein an politische Mehrheiten bindet. Das zumindest muß begriffen sein, wenn über diese Frage entschieden wird. Die Geltung religiöser Wahrheiten nahm den Menschen lange die Entscheidungen über solche Fragen ab. Jetzt müssen sie auf dem Wege der Vereinbarung entschieden werden. Das heißt rechtliche Vorbehalte müssen so verstärkt werden, daß Willkür so weit als irgend möglich ausgeschlossen wird. Jeder Abbruch ist Tötung, ob das, ab wann als Mord bewertet wird muß politisch entschieden werden. Das ist die verunsichernde Botschaft dieser Debatte. Das gibt ihr die aufwühlende Tiefe. Die Menschen verfügen über sich selbst, beschränkt nur noch durch gesellschaftliche Vereinbarung. Das ist der Preis der Freiheit. Das wird beim Streit um die mehrheitsfähige Formulierung, den die Öffentlichkeit in den nächsten Woche bis zur Entscheidung im Bundestag erleben wird, auf allen Seiten nicht genug bedacht.

Meir Mandelboom

Es war einmal ein Babyboom in Deutschlands Osten...

Foto: Hans-Jürgen Wohlfahrt

Bildung/Soziales

Schulden, was nun?

Nach Schätzungen befinden sich über eine Million private Haushalte in der Bundesrepublik wegen überhöhter Verschuldung in einer schwierigen sozialen Lage. Um den Betroffenen eine Hilfestellung zu geben, hat das Bundesministerium für Familie und Senioren die Broschüre „Was mache ich mit meinen Schulden?" neu aufgelegt. Wann ist man überschuldet? Was tun bei Überschuldung? Wie verläuft eine Schuldnerberatung? Dies sind einige Fragen, auf die Antworten gegeben werden. Die Broschüre umreißt kurz die Rechtslage im Verschuldungsfall und gibt Hinweise, an wen sich Überschuldete wenden können. Sie enthält ein aktualisiertes Verzeichnis von Schuldnerberatungsstellen und von Beratungsstellen der Verbraucherzentralen in den alten und neuen Bundesländern.

Die Bundesministerin für Familie und

Senioren, Hannelore Rönsch (CDU), erklärte zu der Neuerscheinung: "Überschuldete Familien befinden sich nur scheinbar in einer ausweglosen Situation, meist können sie ihre wirtschaftlichen Nöte bewältigen, wenn sie es mit diszipliniertem wirtschaftlichen Verhalten selbst anstreben, und sich dabei von sachkundigen Stellen beraten lassen. Die heute aufgewandte Mühe, um in Zukunft von Schulden und einer großen Sorge befreit zu sein, lohnt sich."

Die Broschüre „Was mache ich mit meinen Schulden?", die u.a. auch eine Rubrik mit nützlichen Tips für den Umgang mit Kreditgeschäften enthält, kann schriftlich kostenlos angefordert werden beim Bundesministerium für Familie und Senioren, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 20 15 51, 5300 Bonn 2.

Senioren werden nicht vergessen

Interview mit der Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch (CDU)

Viele Rentner in den neuen Ländern sehen, daß die Lebenshaltungskosten rasch steigen, die Renten aber nicht ganz so schnell. Was planen Sie und die Bundesregierung, um den sozielen Abstieg der älteren Mitbürger abzufangen?

Mir kommt es darauf an, daß gerade für die alten Menschen die Sicherheit besteht, daß ihre Renten auch in Zukunft immer weiter wachsen. Wir werden jetzt zum 1. Juli 1992 eine weitere Rentenerhöhung haben von 12,79 %. Dann haben sich seit der Sozialunion die Renten bereits verdoppelt. Ich will auch ganz deutlich sagen, daß jeder einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe hat und einen Rechtsanspruch auf Wohngeld, sofern er dafür die Voraussetzungen erfüllt. Ich bitte jeden, diesen Rechtsanspruch auch wahrzunehmen. Es handelt sich hier keineswegs um Almosen vom Staat.

Die Betreuung der Senioren ist ja auch noch verbesserungswürdig, ebenso die Situation in den Pflege- und Altenheimen. Was wollen Sie denn dafür tun, ohne die Betroffenen gleich zur Kasse zu bitten?

Wir haben in der Vergangenheit schon viel tun können. In den fünf neuen Bundesländern gibt es rund 1400 Alten- und Altenpflegeheime. Mit einer Reihe von Soforthilfemaßnahmen in Millionenhöhe haben wir den Bewohnern der Altenheime das Leben bereits erleichtert. Dies wird aber für die Zukunft nicht ausreichen. Ich habe mit den Sozialministern der fünf neuen Bundesländer über ein Sanierungsprogramm beraten. Der Sanierungsbedarf beläuft sich auf 16 bis 18 Milliarden DM, und der Bund wird die neuen Bundesländer dabei nicht allein lassen können.

Mir kommt es aber vor allem darauf an, daß der ältere und der alte Mensch solange wie möglich in der ihm vertrauten Umgebung leben und wohnen kann. Das bedingt natürlich, daß wir einen vernünftigen Wohnungsmarkt

Foto: Hans-Jürgen Wohlfahrt

haben, und daß gut ausgebaute und bezahlbare Wohnungen vorhanden sind. Und das setzt außerdem voraus, daß wir Sozialstationen haben, die den älteren Menschen, wenn er krank ist, versorgen können. Wir konnten mittlerweile mit den Freien Wohlfahrtsverbänden über 800 Sozialstationen aufbauen. Und ich bin sicher, daß es bis Ende 1992 insgesamt 1000 Sozialstationen geben wird, die diese Betreuung übernehmen können. Das entspricht dann dem Schlüssel, der auch in den alten Bundesländern gilt.

Darf ich da einmal einhaken bei den Millionenbeträgen, die die Pflege- und Altenheime bisher bekommen haben, und den Milliarden, die notwendig sind. Haben Sie nicht das Gefühl, das sei ein Tropfen auf den heißen Stein? Und wie stehen die Chancen für die Milliardenbeträge?

Das war sicher kein Tropfen auf den heißen Stein. Denn es war erste Hilfe, die z.B. bei der Ausstattung von Bädern, bei der technischen Einrichtung von Küchen, für Badelifte und für Rollstühle notwendig und wichtig war. Wir hatten zum anderen dann das Fünf-Milliarden-Investitionsprogramm, das die Bürgermeister, die Landräte in die Lage versetzt hat, aus eigener Kompetenz die Alten- und Altenpflegeheime in ihrer unmittelbaren Umgebung zu sanieren. Es wurde auch Gebrauch davon gemacht, allerdings ist nach meiner Empfindung zuviel Geld in andere Investitionen geflossen und zu wenig in den Alten- und Altenpflegebereich. Ich will an dieser Stelle aber auch deutlich sagen, daß es genauso wie in den alten Bundesländern von der Kompetenzverteilung her Länderaufgabe ist, für die Einrichtungen zu sorgen, die sich im eigenen Bundesland befinden.

Interview: Christoph Hörstel

Artikel 17 bis 19 Grundgesetz Bitten und Beschwerden etc. ...

Der geneigte Leser dieser Zeilen hat nunmehr über viele Wochen an dieser Stelle zu den verschiedenen Grundrechtsartikeln Ausführungen lesen können. Das mag etwas eintönig gewesen sein, hat jedoch den etwas denkfaulen Autor für eine gewisse Zeit von der schwierigen Pflicht entbunden, sich Montag abends ein neues Thema für den fälligen Artikel einfallen zu lassen. Doch allmählich ist ein Ende abzusehen.

Mit Artikel 17 und dem dort verankerten Petitionsrecht ist im so titulierten Grundrechtsteil des Grundgesetzes das letzte Grundrecht aufgetaucht. Dieses Grundrecht steht jedem Menschen zu, auch einem im Ausland befindlichen Nichtdeutschen, der sich gegen die Maßnahme einer bundesdeutschen Behörde richten möchte. Vom Begriff der statthaften „Bitten und Beschwerden" sind nach herrschender Auffassung Volksbefragungen oder -abstimmungen nicht erfaßt. Auch bloße Hinweise, Vorwürfe oder andere Mitteilungen fallen nicht unter das Petitionsrecht. Als formelle Hürde besteht einzig die Schriftform.

Gerichtet werden kann eine Petition an die Petitionsausschüsse der Volksvertretungen und an die verschiedenen staatlichen Stellen direkt. Als logische Ergänzung des Petitionsrechts gibt es selbstverständlich das Recht auf Beantwortung der Petition, welche über eine bloße Empfangsbestätigung hinausgehen und die Art der Erledigung der Petition umreißen muß.

In Art. 17a GG werden zunächst für die Angehörigen der Armee und des Ersatzdienstes Einschränkung der Meinungsäußerungs- und Ver-

Von Rechts wegen

sammlungsfreiheit sowie des gemeinschaftlich ausgeübten Petitionsrechts geregelt. Im zweiten Absatz werden zum Zwecke der Zivilverteidigung allgemeine Einschränkungen der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung geregelt.

Die Verwirkung von Grundrechten wird im Art. 18 GG der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts übertragen. Es geht um die Selbstverteidigung der Demokratie gegenüber denjenigen, die die demokratischen Grundrechte gegen die Demokratie einsetzen. Die praktische Bedeutung dieser Regelung hält sich allerdings in engen Grenzen. Bislang wurde zweimal die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beantragt, eine tatsächliche Verwirkung wurde vom Bundesverfassungsgericht allerdings bislang noch nicht ausgesprochen.

In Art. 19 sind verschiedene allgemeine Regeln im Zusammenhang mit Grundrechten zusammengefaßt. Zunächst gibt es in Absatz 1 das Verbot eines Einzelfallgesetzes, um die Gleichbehandlung im Bereich der Gesetzgebung zu konkretisieren. Die Garantie des Wesensgehaltes der Grundrechte in Absatz 2 ist eine absolute Eingriffsgrenze für den Gesetzgeber. Es ist demnach unmöglich, ein Grundrecht völlig zu beseitigen. Die Klarstellung in Absatz 3 ist durchaus notwendig: Auch juristische Personen, z.B. eingetragene Vereine oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, können Träger von Grundrechten sein, soweit dies vom Wesen einer solchen Person her möglich ist. Schließlich wird in Art. 4 jedermann das Recht eingeräumt, gegen eine Rechtsverletzung durch die öffentliche Gewalt den Rechtsweg zu beschreiten.

Sollten damit die Erörterungen zu den Grundrechten endlich abgeschlossen sein? Jeder kluge Künstler behält sich etwas für eine Zugabe zurück ...

Uwe Jahn, Rechtsanwalt

...aberBehördenärger beim Beantragen der Rente

Mit zahllosen Rentenrechtsterminen, zu denen die verschiedensten Anträge zu stellen waren, sind die Versicherten in den vergangenen Jahren vom Gesetzgeber überschüttet worden und die Kritik an diesem Verfahren war nicht zu überhören. Offenbar haben aber die Verantwortlichen der gesetzlichen Rentenversicherung nichts dazu gelernt und schon gar keine Konsequenzen gezogen.

So teilt der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) jetzt lapidar mit: Vor dem 2. Dezember 1926 Geborene sollten Altersrente bis 31. März 1992 beantragen.

Ob die Sorge vor einer Antragsflut der Grund für die viel zu späte Information war? Immerhin kann (oder konnte!) der angesprochene Personenkreis bei Beachtung dieses Termins für längstens vier Jahre rückwirkend ohne eigenen finanziellen Beitrag seine Einkünfte verbessern. Wer den Termin verpaßt, erhält die lakonische Auskunft: Bei Antragstellung nach dem 31. März 1992 beginnt die Rente erst mit dem Antragsmonat!

Ein Antrag bei der örtlich zuständigen LVA oder der BfA lohnt sich für die altersmäßig infrage kommenden Rentner zwar immer noch, doch die Vergünstigung, für maximal vier Jahre rückwirkend in den Genuß einer Rentenzahlung zu kommen, ist futsch, und es trifft mal wieder die am wenigsten begüteten.

Heinz Schuler, Neu Kaliß

Nach der Schule: Freiwilliges soziales Jahr?

Fragen zum Freiwilligen Sozialen Jahr bei der Arbeiterwohlfahrt beantwortet ein Info-Blatt, das zur Zeit von der Arbeiterwohlfahrt an interessierte junge Menschen versandt wird.

Das Freiwillige Soziale Jahr ist ein aktuelles Angebot der außerschulischen praxis-orientierten sozialen Bildung. Junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren bekommen die Möglichkeit, nahezu alle Berufsfelder der sozialen Arbeit unmittelbar kennenzulernen und die alltäglichen kleinen und großen Herausforderungen ungefiltert mitzuerleben.

Das Info-Blatt: Ulla Nixdorf, Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Feldstraße 5, W-2300 Kiel, Tel.: 0431 / 5114124.

R. B. M. – Ihr Partner für . . .

— umweltgerechten Transport — Entsorgung — Bauschutt- und Betonbruchannahme — Containerdienst — Schüttguttransporte aller Art.

Lieferung von Recyclingmaterial

Annahme von

● Betonbruchschotter ● Güteüberwachte MV-Schlacke ● Kabelverlegesand ● Mutterboden

● Beton- und Straßenaufbruch ● nicht verunreinigten Bauschutt ● unbelasteten Boden.

Haben Sie Entsorgungsprobleme? Rufen Sie uns an!

RBM Recycling- und Baustoffcenter Mecklenburg GmbH

Wer neu bauen will, muß Altes überwinden!

O-2711 Holthusen/Schwerin, Mittelweg 3
Telefon 293/295, Telefax 294

Stürmische Zeiten

Treibhauseffekt und Ozonloch gefährden das Leben auf unserer Erde.

Wenn Sie uns diese Anzeige schicken, sagen wir Ihnen gerne mehr über die Ursachen. Und Sie erfahren, was Sie tun können, um diese Entwicklung zu stoppen.

BUND · Im Rheingarten 7 · 5300 Bonn 3

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. BUND

Plattensee Ferienhs. Tel. W-09563/1436

Capitol Schwerin
tägl. 15.00, 17.30 + 20.00 Uhr, Fr. - So. 22.30 Uhr

DIE SEAT OLYMPIA-FLOTTE. JETZT TESTEN UND GEWINNEN!

3 SEAT TOLEDO
3 SEAT IBIZA
3 SEAT MARBELLA
3 Olympia-Reisen nach Barcelona
3.333 SEAT-Olympia-Telefonkarten

Wenn Sie testen oder gewinnen wollen: Teilnahmekarten jetzt bei jedem SEAT-Händler*. Dabeisein ist alles!

*Oder bei SEAT Deutschland, 6082 Mörfelden-Walldorf, Postfach 1355.

E 44

Teilnahmekarten bei:

Ihr Seat-Händler Hans-Peter Seifert
Dorfstraße 3 · O-2782 Schwerin-Krebsfördern · Telefon 084 / 61 16 37 · Fax 61 16 38

Barcelona '92 SEAT Das offizielle Automobil der XXV. Olympischen Spiele

Wir bringen Ihre Anzeige!

● schnell...
● einfach...

Setzen Sie den Text Ihrer Wahl in den nebenstehenden Coupon ein - wir drucken ihn für Sie innerhalb einer Woche.

Und das ganze ist für Privatanzeigen **kostenlos**

Für gewerbliche Kleinanzeigen beträgt der Preis pauschal 20 DM (max. 5 Zeilen) inkl. MwSt.

Eine besondere Rechnung wird nicht erstellt. Abdruck nur gegen Vorkasse (bar oder Scheck).

Bitte veröffentlichen Sie folgende Anzeige:

Absender Name, Vorname Unterschrift

Straße PLZ/Ort Telefon

Senden Sie Ihre Anzeige an: MECKLENBURGER AUFBRUCH „Kleinanzeigen" · Puschkinstr. 19 · O-2750 Schwerin

Wirtschaft

Kann die GUS auf Kernenergie verzichten?

Der Vorschlag hört sich gut an: Die russische Republik soll langfristig auf Atomenergie verzichten. Statt dessen sollen andere Möglichkeiten der Energiegewinnung realisiert werden. Vorgeschlagen hat dies jetzt Alexej Jablokow, der als Berater des Präsidenten Boris Jelzin in Fragen des Umweltschutzes und des Gesundheitswesens fungiert.

Die Deutschen Energieexperten dürften diese Idee mit dem Standartargument verwerfen, ein hochentwickeltes Land könne auf Atomenergie einfach nicht verzichten. Doch Jablokows Argumentation wirkt schlüssig: Russische Atomkraftwerke seien überaus gefährlich, um eine zumindest ausreichende Sicherheit zu gewährleisten, wären mindestens fünf Jahre erforderlich. Notwendige finanzielle Hilfe aus dem Westen für ein solches Vorhaben würde lediglich die Schulden Rußlands mehren, die das Land dann wiederum auch mit Exporten von Erdöl und Erdgas begleichen müßte. So würde man dem Westen ein sicheres Energiekonzept verschaffen, während Rußland auf der gefährlicheren Atomenergie sitzenbliebe.

Positiv an diesem Gedankengang ist allein schon die veröffentlichte Einsicht, daß die russischen Atomanlagen als Risikoanlagen im Prinzip nicht mehr zu halten sind. Nachvollziehbar auch, daß eine mögliche Umrüstung (wieviel Sicherheit wäre damit denn überhaupt zu erreichen?) mit den möglichen Energiealternativen bezahlt werden müßten. Was noch fehlt, ist die gezielte Suche nach anderen Energiequellen als der der Kohle oder der Wasserkraft, die beide, je nach Umsetzung, erhebliche Umweltbelastungen mit sich bringen können.

Diese energische Suche nach wirklichen Alternativen fehlt derzeit im Westen allerdings auch noch immer. Dabei hat in Deutschland das jüngste Erdbeben auch den inzwischen weit verbreiteten Glaube an die Sicherheit der Atomreaktoren westlichen Standards erschüttert: Experten des Geographischen Instituts der Universität Hamburg kamen jetzt zu dem Ergebnis, daß sich die drei Atomkraftwerke Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel rund um die Hansestadt auf besonders erdbebengefährdeten Standorten befinden. Die schleswig-holsteinische Landesregierung verlangte von den Betrieben einen Nachweis über die Sicherheit bei Erdbeben.

Die Stromversorgungsunternehmen scheinen zu reagieren - zumindest mit Anzeigen, die derzeit (wie zufällig?) in deutschen Zeitungen zu finden sind. Die Botschaft lautet wie eh und je: Die Reaktorsicherheit in der Bundesrepublik sei weltweit führend, eine Nutzung könne durchaus verantwortet werden. Und für die letzten Zweifler: „Deutsche Gründlichkeit wird bisweilen belächelt. Bei der Sicherheit ist sie aber eine Tugend, auf die wir stolz sein können - ebenso wie auf den Strom made in Germany." So heißt es wörtlich.

Trotzdem: Es sollte weiter nachgedacht werden.

Tillmann Bendikowski

Nachfrage nach ostdeutschen Produkten stark gestiegen

Von den 830 Treuhand-Unternehmen der Branche ist fast die Hälfte privatisiert oder reprivatisiert. 105 Betriebe (12,6 %) stehen kurz vor der Privatisierung, bei 182 Unternehmen (21,9 %) haben Gespräche mit potentiellen Investoren begonnen. Nur 76 Firmen (9,1 %) mußten in die Liquidation. Die verbliebenen Unternehmen sind fast ausnahmslos kleinere Betriebe und entsprechend durch die THA-Niederlassungen zu betreuen. Bis jetzt sind bei einem Verkaufserlös von einer Milliarde DM rund 40.000 Arbeitsplätze vertraglich gesichert und Investitionen von fünf Milliarden DM zugesagt worden.

Nachfragen bei den Investoren haben ergeben, daß sie weit mehr an Investitionen leisten, als vertraglich zugesichert war. Dieser Trend bestätigt sich auch bei den Beschäftigtenzahlen. So wird zum Ende der Privatisierung erwartet, daß von den ehemals 180.000 Arbeitsplätzen 80.000 bis 100.000 bestehen bleiben, da mittlerweile auch schon Neugründungen hinzugekommen sind.

Einen regelrechten Run auf die Unternehmen hat es in der Zucker-, Öl- und Fettbranche sowie in der Getränkeindustrie gegeben. Hier überstieg die Nachfrage sogar das Angebot, dementsprechend schnell ist die Privatisierung zum Abschluß gekommen. Die Obst-, Gemüse- und Fleischverarbeitungen hingegen lassen sich wie die Schlachthöfe und die Hochseefischerei nicht so unproblematisch privatisieren, - die EG-Hygienenormen erfordern erhebliche Investitionen.

Das starke Investoren-Interesse an der Nahrungsmittelindustrie erklärt sich durch das Verbraucherverhalten in Ostdeutschland. Nachdem die gesamte Branche nach der Währungs- und Sozialunion zusammengebrochen war, schien sie sich als Sorgenkind für die Treuhand zu entwickeln. Die eigenen Produkte kamen den Ostdeutschen qualitativ nicht so hochwertig vor wie die West-Produkte. In den Regalen waren kaum noch Ost-Produkte zu finden.

Mittlerweile hat sich das Verbraucherverhalten geändert. In den neuen Ländern besinnt man sich wieder auf die altbekannten Waren, die, inzwischen durchaus dem Vergleich mit West-Produkten aushalten können. Noch sind die Westprodukte führend auf dem ostdeutschen Markt. Dennoch gibt es einen eindeutigen Trend zu den Ost-Produkten.

Aufschwung Ost

Wirtschaftspolitische Widersprüche?

In einem im März dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegten Bericht stellte die Bundesregierung u.a. fest, daß alle Erwartungen in den Aufschwung Ost 1991 erfolgreich umgesetzt worden sind. Dabei wurde hervorgehoben, daß den Hauptschwerpunkt im vergangenen Jahr der Programmbereich „Kommunales Investitionsprogramm" mit 5 Milliarden DM gebildet hat.

Als zweiten bemerkenswerten Block im Geamtprogramm hob die Regierung die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) hervor, die ihre wichtige Funktion als Beschäftigungsbrücken im strukturellen Wandel in Ostdeutschland bewiesen hätten.

Das klang sehr positiv. Weniger positiv klang demgegenüber die ebenfalls im März in einem Handelsblatt-Gespräch geäußert Ansicht des sächsischen Finanzministers, daß man beim bisherigen Tempo der Angleichung der ostdeutschen Wirtschaft erst in 17 Jahren das Niveau des Saarlandes erreichen werde.

Diese Aussage bekräftigt die kritischen Prognosen des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, Ostdeutschland trage derzeit mit rund 20 % der deutschen Bevölkerung ca.7 % zum gesamtdeutschen Sozialprodukt bei.

Und solle der Wohlstand im Osten nicht auf Dauer durch hohe Transferleistungen gestützt werden, dann müsse Ostdeutschland etwa die gleiche Wirtschaftsleistung erbringen wie Westdeutschland.

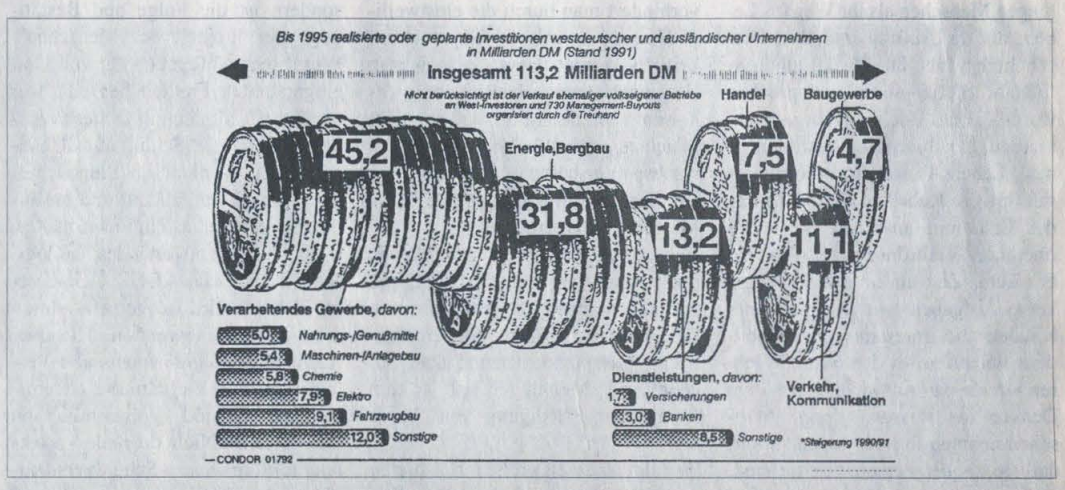
Diese Aufholjagd, zu der Ostdeutschland ermutigt werde, sei jedoch in den bisher diskutierten zeitlichen Dimensionen kaum aussichtsreich.

Unterstellt, in den 90er Jahren läge das reale Pro-Kopf-Wachstum in Westdeutschland nur bei durchschnittlich 1,5 % jährlich, dann müßte das Pro-Kopf-Wachstum in Ostdeutschland jährlich 16 % betragen, wenn es das westdeutsche bis zum Jahr 2000 erreichen soll.

Was das heißt, läßt sich nur so beantworten: Parteien und Verbände im Westen können nicht einfach die Politik der 80er Jahre fortsetzen und so tun, als sei nichts geschehen, wenn sie ein weiteres Auseinanderdriften zwischen Ost und West verhindern wollen.

Helmut Kater

61 Prozent mehr private West-Investoren



Die Investitionsbereitschaft westlicher Unternehmen in den neuen Bundesländern hat zugenommen. Von 1990 auf 1991 steigerten westdeutsche und ausländische Unternehmen ihre realisierten oder geplanten Engagements um 43 Milliarden Mark. Bis Ende 1995 sollen ca.

113 Milliarden an investierten Anlagen nach Ostdeutschland fließen. Dadurch werden 700.000 Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen. Der Löwenanteil des Kapitals stammt aus dem verarbeitenden Gewerbe. 45 Milliarden sollen investiert werden, 17 Milliarden mehr als Ende 1990 vorgesehen.

Die chemische Industrie und der Fahrzeugbau haben ihre geplanten oder realisierten Investitionen nicht mehr wesentlich aufgestockt.

Dagegen meldete der Handel und das Baugewerbe gleich dreistellige Zuwachsraten - beim Baugewerbe binnen Jahresfrist von 0,9 auf 4,7 Milliarden Mark und beim Handel von 2,4 auf 11,1 Milliarden.

Westliche Banken und Versicherungen haben ihre Präsenz in Ostdeutschland bereits kurz nach der Wiedervereinigung gefestigt.

Zu den 1990 geplanten 4,1 Milliarden kamen lediglich 600 Millionen Mark dazu. **(co)**

Schaubild: CONDOR

SEAT IBIZA
MACHT LAUNE

J 64

Durch und durch. Styling vom Stardesigner Giugiaro. Extras serienmäßig in Hülle und Fülle. Power pur, immer über 5 Gänge. Da kommt Laune auf. Antesten beim SEAT-Händler.

SEAT IBIZA
3türig,
ab DM 16.600,-
Unverbindliche Preisempfehlung ab Importlager Deutschland.

Barcelona '92 SEAT Volkswagen Gruppe
Das offizielle Automobil der XXV. Olympischen Spiele

Über die genauen Preise und Konditionen informieren Sie Ihre SEAT-Händler:

SEAT-Vertragshändler

Klaus-Dieter Ihns
Kfz-Meisterbetrieb · Neu- und Gebrauchtwagen
Pannenhilfe · Abschleppdienst · Lackierung
Werkstattservice
2711 Goldenstädt
Ludwigsluster Chaussee 3 · ✆ (0 84 98) 5 38

MECKLENBURGER AUFBRUCH
Ihr leistungsstarker Werbepartner für die ganze Region!
Rufen Sie an: Schwerin
8 33 88

KIES • SAND • MÖRTEL
DACHPFANNEN
Wir liefern alle Baustoffe
für Hoch- und Tiefbau
Siporex Gasbeton Planblock
Alle Stärken am Lager
Alles für den Innenausbau
Holz für Bau und Garten
Schönrock,
W-2419 Berkenthin
An der Bundesstraße 208 · Ortseingang
Tel.: 0 45 44 / 12 11 · Fax 15 01
FENSTER • DÄMMSTOFFE
VERBLENDSTEINE • SCHORNSTEINE

Dachdecken mit Schornsteinköpfen und Klempnerarbeiten!
Z.B. 120qm Altdach abreißen - Sparren ausrichten und entnageln - Deltafolie mit Gewebeeinlage - Neulattung druckimprägniert 40/60mm - Dach fachgerecht eingedeckt mit Frankfruter-Pfanne + Rot - 10 lfdm. First; qm Preis von á 89.-- = 10680.--DM zzgl. 14% Mwst.
Eigene Gerüste; Extras werden gesondert nach Aufwand berechnet.
Aktionspreis auch für Fassadenverkleidung in Putz oder Klinkerstruktur!
5% Preisnachlaß bei Sofortabschluß!
Postkarte genügt, wir kommen sofort!
H. Friedrich - Alte Schönhauserstr. 48 - 1054 Berlin

Alte Stühle, auch reparaturbedürftig und altes Treppengeländer aus Abbruchhaus gesucht.
Thomas Jaek, Dorfstr.12
O-2551 Stubbendorf

Wohnungstausch Rostock - Schwerin!
Biete in Rostock 5-Zimmer-Wohnung, suche in Schwerin 4-Zimmer-Wohnung.
Tel. SN 21 49 52

riemer CRIVITZ
Wenn Sie nicht warten wollen auf *Servicetermine*, dann kommen Sie zu uns nach *Crivitz*.
Geschulte *Fachkräfte* reparieren und pflegen Ihr Fahrzeug in *kürzester* Zeit.
– Keine langfristigen Werkstatt-Termine –
Außerdem bieten wir sämtliche VW-, Audi-Ersatzteile für Ihr Fahrzeug.
Unsere Kfz-Meister Herr Pupp und sein Team freuen sich auf Ihren Besuch.
„riemer – echt stark!"
Gruß aus Crivitz
VW Audi riemer 2712 CRIVITZ
Parchimer Str. 64, ☎ 32 47

Kultur

Richtet nicht - aber seht hin!

Hartmut von Hentig, geb. 1925, war Pädagogik-Professor in Bielefeld und bis 1987 auch Leiter der Labor-Schule an der Uni Bielefeld. Von Hentig ist einer der wichtigsten Pädagogen der Bildungsreform-Debatten der letzten 20 Jahre. Er hat in einem Vortrag auf dem Evangelischen Kirchentag 1991 im Ruhrgebiet zum Thema „Schuld und Vergebung in unserer Welt" einen viel beachteten Vortrag gehalten. Dieser Vortrag ist jetzt, bearbeitet, als Buch erschienen.

Obwohl mit der Debatte um die Behandlung der Stasi- Frage Schuld und Vergebung jeden Tag bedacht und erörtert werden müßten, vermißt von Hentig das öffentliche Ringen darum: „Weil die Erwachsenen und vor allem die Lehrer sich nicht an das halten, was ihres Amtes war", so seine These, kann diese notwendige Erörterung auch gar nicht stattfinden.

„Aus dem, was in früheren Zeiten jungen Menschen als ihr Weg ins Leben, als ihr Auftrag und ihre Verpflichtung, als ihr Risiko und ihr 'pursuit of happiness' versprochen wurde, ist ein Buchungsvorgang geworden, gleichsam das Ausfüllen eines Lebens-Reisekosten-Formulars mit fertigen Rubriken für die Zeiten, den Erstattungsanspruch, die legitimierende Verordnung.(...) Wir haben keine Zeit für sie und schon gar keine Aufgaben; wir lassen sie mit banalen und grausamen Fernsehbildern vollaufen; in den Schulen lehren wir sie das Ausweichen aus dem Denken ins Wissen... Junge Menschen nehmen in ihrer Jugend wahr, daß sie als die Person, die sie sind, nicht gebraucht werden. Darum sind sie auch zur Verantwortung nicht fähig." So ist „die Verzerrung des Menschen eine Schuld derer geworden, die sie haben geschehen lassen." Es sind die Lehrer und die Erwachsenen, die „Wegseher und Voyeure", die daran schuld sind, daß es „faschos" gibt und Menschen ihnen wieder nachlaufen.

Von Hentig führt in seinem Vortrag beispielhaft den hohen Ton, das Argumentieren, das überzeugen will und das offene Nachdenken vor, daß er von Lehrern an Schulen und Universitäten erwartet.

An drei aktuellen Bezügen kennzeichnet er in einem ersten Schritt seinen eigenen Politikansatz in zentralen Streitfragen. Zu den Neonazis stellt er fest: „Einen Stein aufheben gegen jene Unverbesserlichen aber ist so untauglich wie Vergebung, denn sie wissen nicht, was sie tun". Seine Folgerungen aus dem Golfkrieg faßt er so zusammen: „Die Geschichte lehrt, daß man einen dauerhaften Frieden nur auf der Grundlage einer gerechten Ordnung haben kann; aber einen drohenden Krieg verhindert man durch die einstweilige Hinnahme auch von Ungerechtigkeit. Es kommt darauf an, daß man sie nicht damit legitimiert - es kommt auch darauf an, daß sie nicht gleich zu groß ist". Zum Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten fragt er: „Sollen etwa alle SED-Mitglieder untertauchen?

... Jetzt sind sie unter unseren Augen noch zusammen und erkennbar, und wir haben ihnen zu beweisen, wie fair, sachlich, wirksam die demokratische Auseinandersetzung über Sachen und Meinungen ist - kein Kampf zur Erledigung von Personen".

Es folgt an vier großen Beispielen der Nachkriegsliteratur - Max Frischs „Nun singen sie wieder", Borcherts „Draußen vor der Tür", Jean Anouilh's „Antigone" und Melitta Maschmanns „Fazit" erzählend und darstellend die Debatte um Schuld und Vergebung in den Nachkriegsjahren. Dann weitet er den Horizont der Bearbeitung des Problems von Schuld und Vergebung durch einen Versuch von acht Typisierungen der Schuld-Debatte in der Geistesgeschichte.

1. „Schuld - condition humaine" - Der Mensch ist fehlbar, daran ist nichts zu ändern. Schuld, Bestandteil seines Existierens. „Selbsterkenntnis und Bescheidung" folgen aus diesem Schuldbegriff. 2. „Schuld als Störung des Gleichgewichtes" - Ein Verbrechen verlangt seinen Ausgleich. Zum Verbrechen gehört seine Rache. Das ist Gerechtigkeit. Nichts kann vergeben werden, die Schuld muß vergolten, ausgehalten und immer erinnert werden. Dieser „Schuldbegriff" fordert „Vergeltung und Trauer".

3. „Schuld - eine Entfernung von Gott" meint nicht den „bösen Willen, sondern ist die Folge und Bestätigung der Freiheit des Menschen". Wer seinen Mißbrauch der von Gott eingeräumten Freiheit begreift, wer „umkehrt", für den gilt Gottes vergebende Gnade. 4. Schuld aus „Unangepaßtheit" - nicht im Sinne eines besinnungslosen, antiautoritären Impulses, sondern als ein individuelles, nicht zu verantwortendes biologisches oder soziales Defizit. Solcherart Schuld wird ausgemerzt durch „Prävention, Intervention, Therapie, Resozialisierung einerseits und Veränderung der Verhältnisse andererseits". 5. „Schuld - vornehmlich ein Bewußtsein": Nicht die reale Verfehlung führt in diesem Schuldverständnis zu Schuld, sondern das Wissen und Verdrängen, das Wegsehen z.B. macht schuldig. Das individuelle Gewissen ist die Instanz dieser Schuld. Dieser Schuldbegriff fordert „Selbstprüfung und pecca fortiter, nimm Deine Schuld tapfer auf Dich".

6. „Schuld - Gesetzesverstoß" - hier ist nicht mehr gemeint, als das berechenbare Risiko einer Gesetzesübertretung des Bürgers und das juristische Verriegeln seiner Gesetzes-Übertretung. Zu diesem Schuldbegriff gehört die „Strafe nach Maß oder auch ihr öffentlicher Verzicht darauf". 7. „Schuld als untilgbare Verletzung der Menschenwürde" - Nichts, was den Menschen einmal erniedrigt hat, kann ungeschehen und durch was auch immer wiedergut-gemacht werden. Der Täter bleibt Täter - für immer. Er muß zur „Übernahme seiner Schuld gezwungen werden, die Erinnerung wachhalten, keine Beschwichtigung darf zugelassen werden", weil der Wille, der die menschliche Selbstachtung zerstört, das Maß des Bösen ist. Hier wird jede Vergebung zur Komplizenschaft mit den Schuldigen... 8. „Schuld als versäumte Bewährung" - sie besteht nicht im schuldhaften Handeln selbst, sondern in der nicht ergriffenen oder verweigerten Chance zur Bewährung. „Bewährung suchen und Bewährungsmöglichkeiten geben", das ist der Inhalt dieses Schuldbegriffs...

Von Hentig gelingt es mit diesem Argumentationsablauf in seinem Vortrag, zuerst dem aktuellen politischen Bezug, dann dem historischen Beispiel aus der Sicht der literarischen Bearbeitung und schließlich mit den Typisierungen in der Geistesgeschichte, Schuld und Vergebung zum Problem seines Zuhörens, des Lesers, seines Schülers zu machen. Der selbst kann und muß sich nun orientieren, entscheiden, welche Argumente die seinen sein sollen. Von Hentigs eigene Position, die er am Schluß bescheiden vorträgt, ist nicht mehr als ein „Halt ein" vor einem schnellen Urteil, eine Bitte zu soviel menschlicher Größe, daß „Ermutigung, Aufrichtung und Annahme" jedes Schuldigen nicht a priori ausgeschlossen sind.

Sein Fazit „Richtet nicht - aber seht auch nicht weg!" hält eine Beurteilung, eine Verurteilung für lange offen und verlangt vor allem genaue Selbstprüfung vor jedem Urteil. Es ist zu wünschen, daß unsere Kinder in ihren Schulen an solche Lehrer geraten. Aber die heutigen streiken ja lieber für Stundenkürzung, als daß ein pädagogischer Eros sie triebe. Da ist von Hentig in jeder Hinsicht zu folgen. Sein Vortrag ist zu gebrauchen, wie eine gut vorbereitete Unterrichtseinheit. Und doch hinterläßt sein pädagogischer Imperativ auch ein Mißbehagen. Es ist zu fragen, ob ein Maß an Disziplin, Selbstbegrenzung, Selbstkontrolle, Reflektion, Abwägen, eine solche fast absolute Verantwortlichkeit als Anspruch, wie er sie verlangt, nicht selbst schon so überhöht ist, daß er nur geglaubt zu werden braucht, damit er entlastet. Was bleibt denn in der Tatsache des unvorstellbarsten Schuldigwerdens von Menschen anderes, als die Rache - in welch zivilisierter Form auch immer - sei es nun als Akten-Öffnen und empörtes Verurteilen, als Funktionsverbot für öffentliche Ämter oder auch als harte und exemplarische Strafe für unheilbare Verbrechen, wenn wir Menschen mit der Schuld und den Schuldigen aushaltbar weiterleben wollen, ohne an eine göttliche Vorsehung glauben zu wollen?

Udo Knapp

Hartmut von Hentig, „... der werfe den ersten Stein", Schuld und Vergebung in unserer Welt, München 1992 im Carl Hanser Verlag, Preis 16,80 DM.

Marin Sorescu

Winkelzug

Am Himmel, in strenger Form,
Kraniche,
die Sonette der Bauern.

Bauern schreiben keine Gedichte. Schon gar keine, die am Himmel fliegen. Aber sie können lesen. Niemand, keine Macht der Erde kann Bauern das Lesen am Himmel verbieten. Kraniche gehorchen keiner noch so mächtigen Zensurbehörde. So übermächtig ist die Poesie in schweren Zeiten. Wenn die Kraniche am Himmel erscheinen, ihre Federflügel schwingen und sie sicher weitertragen im Wind, dann wächst den Bauern die Gewißheit des Belanglosen ihrer Bedrücker. Sie lächeln noch lange den Kranichen nach.

Ein Epigramm als Winkelzug der Wahrheit läßt unterdrückte Bauernherzen höher schlagen.

Marin Sorescu, geboren 1936 in Bulcesti/Rumänien, lebt in Bukarest. Er war zu Ceaucescus Zeiten ein populärer Lyriker. Er durfte immer reisen. Er kehrte immer wieder zurück. Er lebte im Westen und zuhause von seinen dissidentisch schillernden Winkelzügen. Jetzt fühlt er sich um seinen Feind gebracht, findet sich als Fakir-Anfänger auf dem Nagelbrett wieder und seufzt „Ach, wo sind die Zeiten der Zensur". Wird ihm wenig nützen. Ob ihm jetzt Verse gelingen werden, wie seine Ikarus-Version „Die Toten lagern sich in Schichten ab./ Man springt von immer höher in das Grab", die, wie sein Übersetzer Oskar Pastior von ihm verlangt, „immun sind - selbst gegen die Abschaffung der Zensur", ist in diesem Gedichtband noch nicht zu erkennen. **u.k.**

Marin Sorescu, Der Fakir als Anfänger, Gedichte und Ansichten, Aus dem Rumänischen von Oskar Pastior, München 1992 im Carl Hanser Verlag

Kalenderblatt

Verhängnis von Schuld und Sühne

Vor 80 Jahren starb in Stockholm der Dramatiker August Strindberg

Verworren. Unheilbar leidend an sich selber. Ein skurriler menschlicher Sonderfall, kein literarischer. so lauteten bis in die jüngste Zeit Urteile über den bedeutendsten schwedischen Dramatiker. Noch 1909, zu August Strindbergs 60. Geburtstag, sah sich Hermann Hesse veranlaßt, eine Lanze für den "unheimlichen Schweden" zu brechen, "der zu den großen Intelligenzen unserer Zeit gehört", jedoch "daheim und bei uns von den Philistern in Acht erklärt wird". "Er ist vor allem ein Verfolgter und Gehetzter, weil sein Kopf zu gescheit und frech und unerbittlich ist, weil wir lieber Zuckerwasser haben", notierte Hesse.

Lange Zeit fand der am 22. Januar 1849 in Stockholm geborene Dichter im Ausland - vornehmlich in Frankreich und Dänemark - mehr Resonanz als in der Heimat. Erst Anfang unseres Jahrhunderts begannen sich seine Dramen langsam auf den schwedischen Bühnen durchzusetzen. 1883 hatte der 34jährige mit seinem Roman "Das Rote Zimmer", dem ersten bahnbrechenden Werk der kritisch-realistischen Literatur Schwedens, für Aufruhr gesorgt. Die

August Strindberg

radikale Jugend des Landes betrachtete ihn fortan als ihren Wortführer, doch bei den herrschenden konservativen Kreisen stieß das Werk auf so viel Widerstand, daß Strindberg die Heimat verließ. Die Presse bezeichnete ihn daraufhin als geistesgestört, als Schwindler und Scharlatan.

Spätere Novellen wie "Heiraten" und Dramen wie "Fräulein Julie", das bereits dem Naturalismus verpflichtet war, wurden in Schweden verboten. Der Nobelpreis wurde dem Dichter zeitlebens vorenthalten.

Als die "personifizierte Summe aller Zeiterscheinungen" hat Marcuse Strindberg einmal bezeichnet. Dafür stehen seine Werke ebenso wie seine fanatisch preisgegebene Biographie. Mehr noch, der in eine Zeit großer gesellschaftlicher Umbrüche und technischen Fortschritts Geworfene hat wie wenige andere die Katastrophen der modernen Zeit heraufkommen sehen, die heute die Existenz der Menschheit in Frage stellen. Seismographisch registrierte er die Widersprüche, die Zerstörungen menschlicher Beziehungen als Folge des blinden Glaubens an die technischen Errungenschaften.

Für Strindberg selbst manifestierte sich das Chaos vor allem in der Beziehung zur Frau. Seine drei Ehen waren echt strindbergsche. Erbittert führte er seinen Kampf gegen "die große Farce,, die man Frauenfrage nennt", sah er doch im Streben der Frau nach Emanzipation einen "Aufstand gegen die Natur, der sich strafen wird". In seinen Dramen und Novellen gestaltete er die moderne Ehe als Machtkampf zwischen den Geschlechtern, in dem beide unterliegen, gefangen in dem Verhängnis von Schuld und Sühne, das zu einem Hauptthema seiner Dichtung wird.

Den ruhelos von Ort zu Ort Ziehenden quälten zeitlebens Depressionen, die sich bis zum Verfolgungswahn steigerten. Selbstmordversuche und -drohungen gehörten zu seinem Dasein wie die Ampulle mit Blausäure, die er stets bei sich trug. Vor seinen Premieren floh er. Strindberg schrieb in rasender Eile. Seine Schreibwut, die ihm die Bezeichnung "Vielschreiber" eintrug, war jedoch auch ein nicht zu unterschätzendes Mittel, sich selbst und seine Leiden besser verstehen zu können. Strindberg auf der Couch vor Strindberg. Aufschlußreiche Dokumente seines Lebens und seiner persönlichen Krisen sind der Roman "Der Sohn einer Magd" sowie die autobiographischen Schilderungen "Inferno", "Legenden" und das "Blaubuch", das er als sein Testament ansah.

Eine späte Ehrung wurde dem 1900 nach Stockholm Zurückgekehrten an seinem letzten, dem 63. Geburtstag, zuteil, als ihn Tausende mit einem Fackelzug ehrten. Bewegt nahm der Alternde diese größte Huldigung seines Lebens von seinem Balkon aus entgegen. Wenige Monate später, am 14. Mai vor 80 Jahren, ist August Strindberg, der die moderne Dramatik wie kaum ein anderer beeinflußt hat, in seiner Heimatstadt an Magenkrebs gestorben.

Dorothee Trapp

Das politische Buch

Können Sie noch hoffen, Heda Kovály?

Die bewegende Geschichte der lebenslangen Verfolgung der Prager Jüdin Heda Margolius Kovály ist zugleich ein Dokument unseres von totalitären Ideologien gezeichneten Jahrhunderts.
Heda Margolius Kovály, Eine Jüdin in Prag, Unter dem Schatten von Hitler und Stalin.
Aus dem Amerikanischen von Hans-H. Harbort.
256 Seiten. Gebunden.
DM 36,–

Die Intelligenz – Opfer oder Komplize?

Ein provokanter Essay über die Verstrickungen von Intelligenz und Macht. Jens Reich, Mitbegründer des Neuen Forum, fordert eine Befreiung der Intelligenz aus dem Netz ihrer eigenen Lebenslügen. Jens Reich, Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht.176 S. Gebunden. DM 26,–

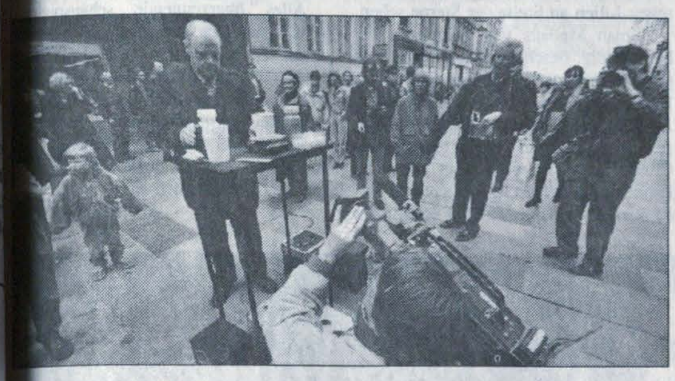
Wer gab den Völkern die Signale?

Der bedeutende amerikanische Rußland-Historiker Richard Pipes zeichnet in einer enzyklopädischen Studie das «bedeutendste Ereignis unseres Jahrhunderts» nach.
Richard Pipes
Die Russische Revolution
Band 1: Der Zerfall des Zarenreiches
Aus dem Amerikanischen von Udo Rennert.
640 Seiten mit Abb.
Gebunden. DM 58,–

Das neue Programm jetzt in Ihrer Buchhandlung.

Kultur

Schlange stehen vorm Kino



Verfremder Otto Dressler

Es gibt ihn, den anderen Film

Das 2. FilmFest Schwerin brachte Bewegung in die alte Residenzstadt

Die Preisträger sind gekürt, die Festsäle geräumt und ausgefegt, das FilmFest ist zu Ende. Aber es hinterläßt Spuren, noch sind Exponate der verschiedenen Kunstaktionen in der Stadt präsent, noch sorgen die gezeigten Filme für Gesprächsstoff. Mit dem FilmFest Schwerin ist die Landeshauptstadt immerhin einmal im Jahr für vier, fünf Tage auch die Kulturmetropole. Das hat sich rumgesprochen. In begrenztem Umfang freilich, ist doch die Nachricht, hier am Orte solle ein beachtenswertes Kunstereignis stattfinden, bis zur benachbarten Residenz der vor wenigen Wochen ernannten Kultusministerin offenbar noch nicht durchgedrungen. Schade und eine verpaßte Chance für Frau Steffie Schnoor. So blieb es erneut dem Schweriner Oberbürgermeister Johannes Kwaschik vorbehalten, kulturelles Interesse und Engagement als Politiker unter Beweis zu stellen.

Ausverkaufte Filmvorführungen, ein neugieriges und kritisches Publikum, Szenen- und Schlußapplaus, ungeachtet einzelner technischer Pannen - das ist Balsam für die Veranstalter, deren Gesamtkonzept sich bewährt hat. Die Beschränkung auf Filme aus dem deutschsprachigen Kulturraum im Wettbewerb, kombiniert mit den verschiedenen Kunstaktionen im Multi-Media-Forum, durchbricht den etablierten Kinobetrieb und kann sich zum Markenzeichen für das FilmFest Schwerin entwickeln. Und die etwa 10 000 Zuschauer, das ist eine deutliche Steigerung zum vorjährigen Startfestival, sahen den "anderen Film", der im Kommerzkino kaum eine Chance hat, den es trotz aller Unkenrufe und Schwierigkeiten gibt und - das läßt die Filmemacher und deren Fans hoffen - der ein erstaunlich großes Publikum findet. Dieser, meist nur Insidern bekannte, deutsche Spielfilm stellte sich in Schwerin mit bemerkenswerten und außergewöhnlichen Streifen vor, von der bissig-witzigen Komödie "Ilona & Kurti" (Österreich 1990, Regie: Konrad Sabrautzky) bis zum Antifaschismusfilm "Das Heimweh des Walerjan Wrobel" (Deutschland 1990, Regie: Rolf Schübel), dem, bereits mit dem Bundesfilmpreis ausgezeichnet, letztlich der 1. Preis zuerkannt wurde. Schübels Film erzählt die tragische Geschichte des 16jährigen polnischen Jungen Walerjan, der zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wird, zu fliehen versucht, in das KZ Neuengamme kommt und schließlich zum Tode verurteilt und hingerichtet wird. "Der Film bietet nicht nur zeitgeschichtlichen Überblick. Er erinnert an eine Schuld, die nicht abgetragen ist ..." (Aus der Preis-Begründung der Jury).

Der 2. Preis im Spielfilmwettbewerb wurde Ulrich Weiß für seinen Film "Miraculi" zuerkannt. Den Kurzfilmwettbewerb gewann der Wiener Filmemacher Johannes Rosenberger mit seinem 3-Minuten-Film "Heldenplatz. 12.März 1988".

Die außerhalb des Wettbewerbes gezeigte Werkschau ostdeutscher Spielfilme nach 89 brachte unerwartete Entdeckungen, wie beispielsweise Heiner Carows "Verfehlung" - eine große Liebesgeschichte, ein großer Film, in der Hauptrolle die hervorragende Angelica Domröse. Andreas Dresens Erstling "Stilles Land" - als "Welturaufführung" apostrophiert - brachte dagegen einen eher harmlosen, weil bieder-brav abgedrehten Sreifen auf die Leinwand, den allein das Erzählen einer Geschichte aus der untergehenden DDR nicht zu einem Filmkunstereignis macht.

Daß weder der Regisseur Rolf Schübel noch die Kopie seines Filmes zur Preisverleihung in Schwerin waren, ist ein Provinz-Kuriosum. Diese Image in den kommenden Jahren abzulegen, sollte dem FilmFest Schwerin leichtfallen. **W. Pilz**

Die Rote Armee auf den Stufen zum Museum

„Miraculi"-Regisseur Ulrich Weiß während der Preisverleihung

Fotos: (5) Walter Hinghaus

Wach bleiben in diesem Land

Johannes Rosenberger wurde 1965 in Tirol geboren. Er studierte fünf Jahre an der Wiener Filmakademie und arbeitet seit 1991 als freier Filmemacher und Produzent. Mit seinem Kurzfilm "Heldenplatz, 12. März 1988" errang er den ersten Preis im Kurzfilmwettbewerb.

Es ist der Montagmorgen nach dem Fest, in einer halben Stunde verlassen Sie Schwerin in Richtung Wien, im Gepäck den ersten Preis im Kurzfilmwettbewerb - wie schmeckt der Kaffee heute morgen?

Der Kaffee tut sehr gut, wie der Preis auch. Das Ding ist allerdings ziemlich schwer, ich habe daran zu tragen. Aber es steht stellvertretend für den Sachpreis, die Material- und Kopierkosten für einen 20minütigen Kurzfilm, und das ist natürlich ganz toll. Das ist ein wesentlicher Schritt dahin, daß ein Impuls zu einer neuen Arbeit, ein neues Filmprojekt tatsächlich realisiert werden kann. Zumindest wird das mit dieser materiellen Absicherung leichter.

Ist das Ihr erster großer Preis?

Ja, das ist mein erster Preis. Aber ich war schon auf mehreren Filmwettbewerben vertreten und habe dort auch gute Kritiken bekommen, das ist ebenso wichtig für mich.

Haben Sie schon ein neues Projekt im Kopf?

Ich habe verschiedene Vorstellungen, ich muß jetzt sehen, was sich am besten eignet. Es ist gut, daß ich mit dem Preis keinem Zeitdruck unterliege. Ich kann in diesem oder im nächsten Jahr produzieren.

War der Ausgangspunkt zu Ihrem Kurzfilm "Heldenplatz" der Wille zum Protest oder die Filmidee?

Das kam beides zusammen. Der Waldheim war zum Bundespräsidenten gewählt, der Protest ging aber noch weiter, und es war nochdazu das Gedenkjahr '88, also 50 Jahre nach Hitlers Österreich-Einmarsch am 12. März 38. Am Wiener Heldenplatz, vor dem Sitz des Bundespräsidenten gab es also damals eine große Protestaktion.

Ich habe einen guten Freund, den Peter Cerny, der ist Maler, Musiker, Schauspieler und in diesem Sinne dann auch Aktionist, und wir kamen gemeinsam auf die Idee zu dieser Aktion. Dann habe ich ein Kamerakonzept entwickelt und mit vier Kameras gefilmt. Geprobt haben wir das Ganze im Auto.

Sind Faschismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit nach wie vor heikle Themen in Österreich?

Es sind nicht direkt heikle Themen, aber es sind Fragen, die immer wieder aufgegriffen werden müssen, damit gewisse Tendenzen wieder aufgezeigt werden, wie dieser Rechtsextremismus, der sich unter einem gewissen Teil der Jugendlichen breit macht, kombiniert mit unserer Situation eines Flüchtlingslandes, das früher bekannt war für seine offene Flüchtlingspolitik. Jetzt wird es den Leuten zu viel, daraus entsteht eine radikalisierte Argumentation. Man muß einfach wach bleiben in diesem Land.

Ist das vergleichbar mit der Situation in Deutschland?

Johannes Rosenberger

Ich glaube, es ist eine andere Situation, gerade was die Ausländerfeindlichkeit speziell in Ostdeutschland anbelangt. Das läuft hier mit einer unglaublichen Brutalität und Gewalt ab. Das gibt es zum Glück noch nicht in Wien.

Sie waren zum ersten Mal in Schwerin, welchen Eindruck hatten Sie vom 2. Schweriner FilmFest?

Ach ja, irgendwie einen sehr guten, weil es ist nicht zu groß, so daß es zu unpersönlich wird. Der direkte Kontakt zu den Veranstaltern, dem Publikum und den Kollegen war sehr angenehm. Ich habe nicht gewußt, was mich erwartet, aber ich habe mich sehr wohlgefühlt.

Werden Sie im kommenden Jahr wieder nach Schwerin kommen?

Das hängt davon ab, ob ich einen Kurzfilm haben werde, mit dem es sinnvoll sein kann, mich hier zu bewerben. Wenn es aber für mich möglich ist, werde ich mich wieder bewerben.

Interview: W. Pilz

Bilderwand am Domfenster

Kunst-Objekte gegen Gewalt / Aus dem Multi-Media-Forum des Schweriner Filmfestes

Film ist ein Gesamtkunstwerk - durch die Vielfalt der beteiligten Gattungen. Mehr noch, er erfüllt den Modellcharakter der künstlerischen Produktion, von dem Walter Benjamin verlangte, er möge "andere Produzenten erstens zur Produktion anleiten, zweitens einen verbesserten Apparat ihnen zur Verfügung stellen", dadurch, daß der Film andere Kunstgattungen herausfordert, indem auch sie Sichtbares in einen neuartigen Zusammenhang zu stellen trachten, Sinn-Bilder aufzurichten gegenüber dem Ansturm der abgefilmten und fotografierten Wirklichkeit. Darum war das Multi-Media-Forum nicht eine äußerliche Zutat zum 2. Schweriner Filmfest, sondern steht in einem inneren Kontext: Gleichermaßen auf gegenwärtig Existentielles aufmerksam machend.

Aus dem ganzen Programm von Aktionen, Installationen, Objekten und Performances nur einiges, was ich sah; das bedeutet keine Hervorhebung aus dem von Ulrich Kavka mit Verve und Engagement zusammengebrachten Angebot, das diesmal eine sympathische Linie aus dem Süden - Bayern und Österreich - aufwies.

Otto Dressler, der im vorigen Jahr hier bewegend die Blutspur der Kriege nachzog, führte am frühen Mittwochnachmittag in der Mecklenburgstraße mit der Aktion "Deutsche Stationen - vergessene Erinnerungen" die Tatsache "1961 bis 1989 mitten in Deutschland 187 Menschen getötet" vor Augen. Verfremdung - so nennt der Künstler selbst, was er tut - heißt, daß Wahrheiten, die oft gesagt und dennoch - dadurch? - verdrängt sind, auf ungewöhnliche Art dem Vergessen entrissen werden. Mit Radetzky-Marsch und Beethoven-Symphonie im Großstadtalltag, mit der schokkierenden Nachricht aus der jüngsten deutschen Geschichte auf Schrifttafeln und dem Setzen des Blutzeichens - Ausgießung als ein Symbol. Doch wesentlich an Dresslers Aktion scheint mir das, womit Walter Benjamin seinen oben zitierten Gedanken aus der Rede "Der Autor als Produzent" (Paris 1934) fortführt: "Und zwar ist dieser Apparat um so besser, je mehr er Konsumenten der Produktion zuführt, kurz - aus Lesern oder aus Zuschauern Mitwirkende zu machen imstande ist". Otto Dressler verteilt an Passanten kleine Kreuze, die an einer Tafel anzubringen sind, zum Gedenken an die Toten der deutsch-deutschen Grenze und zur Mahnung vor Gewalt heute.

Die 44 Bilder mehr als 20 Meter hoch am Fenster über einer Südpforte des Doms - auch sie eine politische Erinnerung. Beate Passow (München) hat in ihrer Installation "Jugend in Deutschland" Fotos der Geschwister-Scholl-Gruppe und vergrößerte DDR-Briefmarken von 1961 mit Portraits von Kommunisten, die gleichfalls von den Nazis ermordet wurden, gemischt, junge Menschen, die geistig kaum etwas verband, aber als Opfer von Gewalt zu gemeinsamen Trägern deutscher Geschichte geworden sind.

"Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen" ist der Titel des Objekts aus Militärfahrzeug, eisernem Stern, Hammer und Sichel, das schräg auf der Museumstreppe steht. Gelang es Rudolf Herz (München) auch nicht, den Sowjetstern aus einer Schweriner Kaserne zu holen, so ist doch ein vertracktes Zeichen gesetzt für die Armee, die vor fast 50 Jahren den deutschen Faschismus besiegte und sich nun beim Auszug aus Deutschland tiefgreifenden Problemen gegenübersieht. Anfahrt auf's Museum - ein Symbol?

Und eine Burleske: Aus Altpapier von Landkarten Ost- und Westeuropas formte der Münchner Andreas von Weizsäcker seine Persiflage "Pamplona in Schwerin". Das mecklenburgische Wappentier, nach dem Marktbrunnen Stephan Horotas (mit seiner Zustimmung) mehrfach abgeformt und in Beziehung zu der spanischen Stierkampfstadt gesetzt, wird auf Lampen und an Häusern der Puschkinstraße zur grotesken Figur der Widerborstigkeit. Und zu einem Nachtrag am damaligen Gebäude der SED-Stadtleitung, die, so erzählt es eine Anekdote, veranlaßte, daß der Hintern des Brunnentieres bei der Aufstellung 1980 aus ihrer Sicht gedreht wurde.

Dies alles sind beredte Produkte einer Kunst, die keineswegs in einer Sinnkrise steckt. Einer Originalität, die auf öffentliche Wirkung aus ist und ihre Botschaft erkennen läßt. Zu fürchten bleibt allerdings, daß diejenigen, die sie aufnehmen, zu denen gehören, die von ihr nicht erst überzeugt werden müssen.

In Schwerin wurde dieser Tage ein junger Mann von einer Horde zusammengeschlagen, um zwanzig Mark beraubt, und dann stießen sie ihn zu Boden und traten ihm mit Stiefeln alle Vorderzähne aus. Er sagt: Ich dachte, das ist der Tod.

Werner Stockfisch

Vermischtes

Offener Brief

Die ständige Konferenz Kultur der größeren Städte Mecklenburg-Vorpommerns an die Fraktionen des Landtages

Zu ihrer 4. Arbeitssitzung trafen sich am 4. Mai die Mitglieder der Ständigen Konferenz Kultur, bestehend aus den Kulturdezernenten und Amtsleitern der Städte Greifswald, Güstrow, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin, Stralsund und Wismar.

Haupttagesordnungspunkt war eine Diskussion zur Theatersituation des Landes im Hinblick auf die Subventionspolitik der Landesregierung. Ein Vergleich der im Etatentwurf der Landesregierung für 1992 vorgesehenen Zuschüsse für Theater ließ erkennen, daß der prozentuale Förderanteil zwischen den Städten nicht nachvollziehbare Differenzen ausweist.

Was die Mitglieder jedoch am meisten irritierte, ist der Umstand, daß in den verschiedenen monatlichen Vorgesprächen zwischen den betreffenden Städten und dem Land durchgängig ein erheblich höherer Fördermittelanteil durch das Land avisiert worden war, als dann definitiv im Haushaltsentwurf eingestellt wurde. Dadurch bedingt weisen die Theateretats der Kommunen jetzt untragbare Finanzlücken auf, die zum Teil 25 % betragen. Die Ständige Konferenz Kultur ist nicht bereit, diese Verfahrensweise der Landesregierung zu akzeptieren.

Da der Etatentwurf schon die Hürden der Fachausschüsse genommen hat, wenden sich die Mitglieder der Ständigen Konferenz Kultur mit der eindeutigen und dringenden Forderung an die Fraktionen des Landtages, dem Etatentwurf in diesem Punkt die Zustimmung zu verweigern und für eine entsprechende Aufstockung der dringend erforderlichen Finanzmittel zu sorgen.

Darüberhinaus wird von der Kultusministerin, die ihre Teilnahme an der Sitzung leider absagen mußte, in der nächsten Zeit die Vorlage eines längst überfälligen verbindlichen Konzepts zur Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern erwartet, weil nur auf dem Hintergrund verläßlicher Eckdaten die Kommunen an die Lösung ihrer Theaterprobleme gehen können. Die Ständige Konferenz Kultur würde es sehr begrüßen, in die Beratungen zu diesem Konzept einbezogen zu werden.

Bernhard Krumrey, Sprecher

Herbert Grönemeyer

Das Album "So gut '79 - 83" aktuell bei INTERCORD

Herbert Grönemeyer ist ein deutsches Phänomen. Die FAZ beschreibt ihn als "den Prototypen des neuen nachdenklichen Mannes", der Stern sieht in Grönemeyer den "Vorsänger des neuen Deutschland". Doch zum Liebling der Nation läßt er sich trotzdem nicht hochstilisieren. Der Ruhrpott-Rebel schottet sein Privatleben radikal ab. Er kommt ohne die üblichen Statussymbole, Marotten und Eitelkeiten aus. "Ich bin ein Stiller. Ich mag keine Anmache und mag es auch nicht, wenn man mich anmacht."

Spätestens seit seiner Rolle als Leutnant Werner im Anti-Kriegsfilm "Das Boot" erntete Grönemeyer 1980 viel Lob und Anerkennung. Schon als 17jähriger Obersekundaner wurde er von Peter Zadek am Bochumer Schauspielhaus als Pianist und Komponist für Bühnenmusik engagiert. Sein erstes Album als Leadsänger veröffentlichte er 1979 mit der Kölner Rock-Jazz-Formation Ocean.

Jetzt leigt bei INTERCORD ein besonderer Sampler vor, der die frühen Hits beinhaltet, alles von Rock bis Balladen in typischem Grönemeyer-Stil: "Musik nur, wenn sie laut ist" oder "Anna", ... Lieder, die jeder kennt und zu denen nichts mehr gesagt werden muß.

Die Typen aus dem Kabinett

Walter Hasenclevers „Napoleon greift ein" hatte in Parchim Premiere

Wenige Jahre nach seiner erfolgreichen Gaunerkomödie über einen heiratsschwindlernden "besseren Herrn" hatte der Literat und Dramatiker Walter Hasenclever neben anderen gut gebauten satirischen Lustspielen mit zeitkritischer Thematik sein Stück "Napoleon greift ein" geschrieben. 1930, die Wunden des großen Krieges schienen allmählich zu vernarben, als sich die Politiker schon damals Gedanken um eine Neuordnung Europas machten. Die dann, drei Jahre später, auch kam. Anders als erwartet. Und furchtbarer ...

Hasenclevers Wachsfiguren-Napoleon jedenfalls ist es müde, neben einem Frauenmörder und anderen fragwürdigen "historischen " Gestalten von einer kreischenden Menge begafft zu werden. Er rückt aus - einmal noch will er sein geliebtes Paris sehen. Und hier landet er geradewegs in einer der politischen Konferenzen, in der offensichtlich unter dem Druck der USA über Europas Zukunft beraten wird. Und Napoleon erkennt, daß der Feind Europas keineswegs England ist, sondern über dem Atlantik zu suchen wäre ...

Eine Geschichte mit vielen witzigen Zeitbezogenheiten zu heute - es dürfte nicht das Regieteam Lachmann/Call sein, wenn man Hasenclevers Text pur und unverändert übernommem hätte. Zumal das Werk eine für Parchim zu große Besetzungslatte aufweist, die kurzerhand auf fünf Darsteller reduziert wurde, zuzüglich vier kommentierender Zuschauerdamen und "Ines als Inspizientin".

Das funktioniert, und es wurde daraus eine im wahrsten Sinne des Wortes großartige Klamotte. Da wurde kein Gag ausgelassen, der bekannte Stiefel im Eimer mußte gleich zweimal herhalten, und Bühne wie Zuschauerraum tönten vom Gekreisch und Gelache der Darsteller wie der Zuschauer. So daß am Ende manches unverständlich blieb an Texten, die man eigentlich hätte verstehen wollen. Auch wurde das Prinzip der Wiederholungen unnötig strapaziert mit dem Ergebnis, daß neben gekonnt inszenierten und gespielten sehenswerten Szenen auch Passagen der Langeweile aufkamen.

Trotzdem war es nach drei guten Stunden ein rauschender Premierenerfolg mit vielen Bravo-Rufen der nicht ganz vollzähligen Theatergemeinde, und es gab einen (professionell inszenierten) langanhaltenden Schlußapplaus. Eigentlich schade, daß hier prächtiges und deftiges und wohlgelungenes Theater so dicht neben Mittelmaß lag - wie heißt's doch so schön: in der Beschränkung zeigt sich der Meister!

Zusammenfassend: Die Regie von Marcus Lachmann war bis auf die erwähnten Einschränkungen gekonnt und mit viel Spaß an der Freud' überzeugend. Die Dramaturgie von Daniel Call brachte die "Erarbeitung der Zwischennummern" ein, in denen die Zuschauerdamen das Spektakel beobachteten - köstlich der Auftakt nach der Pause mit Simone Mende.

Hervorragend war das Bühnenbild von Stephanie Kniesbeck. Hier kam endlich einmal wieder die alte Kunst der Dekorationsmalerei (gemeinsam mit Andres Wirth) zum Tragen. Daß da auch viel optischer Humor mit im Spiel war, konnte man schon vor Stückbeginn an dem roten Euro-Vorhang mit bourbonischen Lilien an Stelle der Sterne sehen.

Tilman Madaus war Napoleon, liebenswürdig, bescheiden, und doch konsequent in seiner neuen Sicht der Lage. Daß er in Paris auf die Schauspielerin Josefine traf (Carolin Schröder, die diese Figur mit viel Temperament und Charme gab), ist wohl nicht allein der Dramaturgie der Weltgeschichte zu verdanken. Und dann die drei Herren im Wachsfigurenkabinett: Eric van der Zwaag als Massenmörder, Amerikaner und Irrenarzt (herrliche Typen), Thomas Schumann als Reiseführer (brillant) und murmelnder Präsident, und schließlich Stephana Apostolova als dreifacher Diener, als Zofe, als Kameramann und als Schwester in der Klapsmühle - komödiantisch gekonnte, skurrile Episodenfiguren.

Alles überzeugende schauspielerische Leistungen, denen sich die mitunter etwas zu turbulenten Damen im Saal (Heike Claus, Tamara Bolzmann, Andrea Pannach und Simone Mende) mit dem gleichen Engagement anpaßten.

Ein Theaterabend der gehobenen Klamotte mit vielen Glanzlichtern und einigen Schattenseiten.

Peter Richter

Thomas Schumann als Regisseur im Wachsfigurenkabinett **Foto: A.Falc**

Hier geht's zum Abo

52mal Mecklenburger Aufbruch für nur 50,- DM oder das Förder-Abo für 70,- DM

JA! Ich möchte abonnieren. Das Abo geht an:

Name/Vorname _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon _____

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird

Gewünschtes Abo ankreuzen:
- ❑ Förder-Abo 70,- DM
- ❑ Geschenk-Abo 50,- DM oben den Namen des Beschenkten eintragen
- ❑ Normal-Abo 50,- DM
- ❑ Studenten-Abo 40,- DM Immatrikulationsbescheinigung beilegen

Gewünschte Zahlungsweise:
- ❑ Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung)
- ❑ Bequem und Bargeldlos durch Bankabbuchung

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an **Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.**

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift _____

Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Wir suchen

- **Freie Mitarbeiter** im redaktionellen Bereich für den gesamten mecklenburgischen Raum
- **Anzeigenverkäufer** besonders für die Gebiete Rostock, Schwerin, Güstrow
- **Teilzeit möglich** auch für Verlagsfremde und Berufsanfänger geeignet.

Bitte richten Sie Ihre schriftliche Bewerbung an:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Puschkinstraße 19 - O-2750 Schwerin

Schnupper-Abo **10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10,00 DM incl. Versand**

JA! Ich will den MA 10 mal jede Woche in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon _____

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein.

Gewünschte Zahlungsweise:
- ❑ Ich lege 10,- DM in bar bei
- ❑ Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10,- DM bei.
- ❑ Abbuchung vom Konto:

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____

Wenn mir der MA gefällt, wandelt sich das Abo nach 10 Wochen in ein normales Jahresabo für 50,- incl. Versand um.
Möchte ich den MA nach Ablauf der 10 Wochen nicht weiterlesen, genügt bis 10 Tage vorher eine kurze schriftliche Nachricht an die unten angegebene Adresse.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an **Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.**

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift _____

Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Der Frühling hält Einzug...
warum nicht auf einem preiswerten
Teppichboden
Teppich
Läufer
Kunstrasen
vom
.Teppichcenter West
Preise, Qualität und Service stimmen!

2771 Schwerin, Rogahner Straße 21-23 - neben Citroën und Hitmarkt - Industriegebiet Schwerin-Görries
Montag - Freitag 10 bis 18 Uhr - Samstag 9 bis 12 Uhr

DIE NASE VORN MECKLENBURGER AUFBRUCH

Baby-Land Mecklenburg

Der große Babyausstatter auf 700 m² Betriebsfläche

- **Autositze** von 0-4 Jahre ab 149,90
  3,5 Jahre ab 39,90
- **Buggy** stabile Ausführung ab 59,90
- **Reisebetten** in gr. Auswahl ab 89,90
- **Ki.-Wag.** 5-fach verstellbar ab 299,90

Große Auwahl an MÖBELN!

Schwerin-Friedrichsthal · Lärchenallee 32
B 104 Richtung Gadebusch
Mo.-Fr., 9-18.00 · Do., -20.30 · Sa., 9-14 · Ig. Sa. -16 Uhr
Parkplatz vorm Haus

Der PC-Laden
Personal-Computer, Zubehör und Schulung
Reparaturservice aller gängigen Geräte
Lübecker Str. 22 - 2060 Bad Oldesloe
Fax 04531 / 12309 - Tel. 3327
Am Fischkombinat 11 - 2500 Rostock
Gebäude 218, Raum 006
Fax 081/3337 - Tel. 3336

Möbeln Sie Ihr Büro auf

Beratung und Planung mit BSB

Vertrieb und Service für:
- Büromöbel
- Büromaschinen
- Bürobedarf
- Werbeartikel
- Stempelanfertigung
- Frankiermaschinen
- Großflächenkopierer

Dr. Bärbel Stefaniak
Wallstraße 68, 2755 Schwerin, Telefon + Fax 0 84 - 81 23 73
Bahnstr. 125, 2820 Hagenow, Telefon + Fax 08 55 - 2 80 06
Steinstr. 64, 2730 Gadebusch, Telefon + Fax 08 56 - 25 22

Forum

Doch keine arme Opposition

Zu Ihrem Artikel „Die Opposition ist arm dran" (von Michael Will), den ich ansonsten inhaltlich voll unterstütze, möchte ich doch im Namen der Grünen eine Richtigstellung erbitten. Der Satz: „Der Gedanke, daß sie selber ein gerüttelt Maß an Verantwortung für die 1990 entstandenen Rahmenbedingungen tragen" (das Nichtzustandekommen des Bündnisses aus Grünen und Neuem Forum zu den Landtagswahlen), „kam den Grün-Alternativen erst gar nicht" darf nicht so stehen gelassen werden, weil dies einfach nicht den damaligen Tatsachen entspricht. Zusammen mit dem ehemaligen „Übergangsminister" der Grünen Liga, Klaus Schlüter, war ich (damals noch im Landesvorstand der Grünen) Verhandlungspartner zum Wahlbündnis Neues Forum - Grüne. Wir haben seinerzeit alle nur denkbaren Zugeständnisse gemacht, damit das Bündnis zustandekommt, z. B. Verzicht auf die ersten vier Plätze auf der Landesliste, die allein von Kandidaten des Neuen Forum besetzt werden sollten. Außerdem Übernahme der gesamten Wahlkampfkosten (die wir selbstverständlich ohne Hilfe der „West-Grünen" nicht hätten tragen können).

Herr Schlüter und ich haben damals in Rostock mit Engelszungen und mit großem persönlichem Engagement mit dem Landessprecherrat des Neuen Forum gesprochen. Es war nichts zu machen, - das Neue Forum sah weder die historische Chance dieses Wahlbündnisses noch die politisch katastrophalen Folgen eines Nichtzustandekommens des Bündnisses.

Genau den gleichen Ausgang der Wahlen, wie er dann eingetreten ist, habe ich damals in Rostock vorausgesagt. Dennoch stimmte der Landessprecherrat des Neuen Forum mit 7 : 3 gegen ein Wahlbündnis mit den Grünen.

Das Neue Forum war und ist für uns Grüne in Mecklenburg-Vorpommern der wichtigste Bündnispartner. die anderen Mitglieder des Bündnis 90 spielten und spielen ja im Norden nur eine relativ untergeordnete Rolle, selbstverständlich regional etwas unterschiedlich, - z. B. „Demokratie jetzt" in Stralsund u. ä.

Ich hoffe sehr, daß zu den nächsten Landtags- oder Bundestags-Wahlen ein Wahlbündnis zwischen Grünen und Bürgerbewegungen, insbesondere dem Neuen Forum, zustandekommt.

Im Interesse der nun doch schon fast „historischen" Wahrheit bitte ich Sie, als einzige aus der Wendezeit hervorgegangene unabhängige Zeitung, meinen Leserbrief ungekürzt zu veröffentlichen.

Dr. med. Jörgen Fuchs, Schwerin

Du sollst den Kern nicht spalten!

Derweil in Stralsund und Greifswald die Straßen verstopften, und sich Pommern aus ganz Deutschland vergnüglich des sonnigen Wiedersehens erfreuten, wurde abseits des festlichen Trubels im Greifswalder Theater am Sonnabend, den 2.Mai, das Anti-Atom-Forum (AAF) gegründet. Zwölf Natur- und Umweltverbände Deutschlands, mit insgesamt mehr als 5 Millionen Mitgliedern, haben sich zu einem Widerstandsbündnis zusammengeschlossen. Unter ihnen der Bund für Umwelt und Natur Deutschland e.V., Greenpeace und Eltern für unbelastete Nahrung.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto: Atomkraft, Ausstieg, Zukunft - gemeinsam handeln. Und das hat seinen Grund. Seit über zweißig Jahren gibt es in Deutschland ein Atomforum, welches die Interessen der Atombefürworter auf breiter Ebene vertritt und den Ausbau der Atomindustrie entscheidend vorantreibt. Dennoch ist die Akzeptanz der Atomwirtschaft in der Bevölkerung ständig geringer geworden. Seit der Atomkatastrophe von Tschernobyl vor sechs Jahren wurde dies immer spürbarer.

Ungeachtet der weltweiten Auswirkung der radioaktiven Verseuchung versuchen die Atombetreiber das Milliardengeschäft neu zu beleben und fortzuführen. Jetzt sollen die „unsicheren Schrottreaktoren" im Osten erneuert werden. Auch soll hier eine Nachrüstung mit Atommüllagern erfolgen. Dafür scheint dann der Atomstandort Greifswald den richtigen Platz zu bieten. Hier ähnlich soll das bislang unbewältigte Atommüllproblem für ganz Deutschland gelöst werden. Offensichtlich wird mit der Dummheit der hiesigen Bevölkerung gerechnet.

Mit der möglichen Entscheidung für ein bundesweites Atommüllager in Greifswald werden die Weichen für einen neuen Aufschwung der Atomindustrie gestellt.

Das Anti-Atom-Forum spricht sich entschieden gegen die Atomenergienutzung aus, da sie jederzeit zu einer Katastrophe führen und militärische Nutzung nicht ausschließen kann. Das Forum fordert daher den sofortigen, längst möglichen Ausstieg aus der Atomenergie, und setzt stattdessen auf Energieeinsparung, dezentralen effizienten Einsatz fossiler Rohstoffe und ökologisch angepaßte Nutzung erneuerbarer Energien wie Sonne, Wind und Biomasse.

Dr. Franz Alt gebrauchte in seinem Festvortrag den Vergleich von David und Goliath, worin er das junge AAF dem gigantischen Atomapparat gegenübergestellt sah. Wie David sollte das gegründete Bündnis durch Phantasie und schöpferische Energie den Kampf für eine lebenswerte Zukunft antreten. In seinem Vortrag propagierte er auch das neue Gebot unserer Zeit: Du sollst den Kern nicht spalten!

Ein Appell geht aus von Greifswald an die ganze Bevölkerung, die Parteien und Gruppen, Kirchen, Wissenschaftler und Politiker, sich für den Ausstieg aus der menschenverachtenden Atomernergie einzusetzen.

J.S. Ökohaus Stralsund e.V.

Religionsunterricht:

Frage nach dem Sinn des Lebens beantworten

Gegenwärtig steht das Bildungswesen durch umfangreiche Personalveränderungen im Blickpunkt. Aber auch seine inhaltliche Neugestaltung ist noch längst nicht abgeschlossen. Ab August 1992 soll nun auch mit der Einrichtung des neuen Fachs Religion als ordentliches Lehrfach begonnen werden.

Um dieses komplizierte Vorhaben realisieren zu können, bedarf es noch vieler Vorbereitungen und Klarstellungen.

In erster Linie ist hier das Kultusministerium gefordert, unter Beteiligung der Kirchen (Artikel 7/3 des Grundgesetzes), die Ausgestaltung des Fachs festzulegen.

Es ist an der Zeit, daß Fragen zur Einführung des Faches Religion öffentlich diskutiert werden. Aus der Fülle der Probleme sollen hier nur einige angesprochen werden.

Eine Frage, die besonders bei Eltern immer wieder auftaucht, ist die nach den Beziehungen zwischen Religionsunterricht und Christenlehre. Zwischen beiden gibt es erhebliche Unterschiede. Während die Christenlehre in erster Linie Glaubenserfahrungen der christlichen Gemeinde vermittelt und erlebbar werden läßt und somit Teil des Verkündigungsauftrages der Kirche ist, wird der angestrebte Religionsunterricht im Bildungsauftrag der Schule begründet und nicht einseitig konfessionell ausgerichtet. Das Fach Religion sollte multireligiösen Charakter tragen. Dabei haben aber gerade auch die Kirchen in unserem Land ihre Mitverantwortung wahrgenommen. Sie haben erklärt: „Die Frage nach dem Sinn des Lebens, stellt sich für Schülerinnen und Schüler... Aufgabe des Religionsunterrichts ist es, die Frage exemplarisch an Beispielen eingegrenzter Probleme in der Gegenüberstellung und in kritischer Auseinandersetzung mit der biblisch-christlichen Tradition sowie mit anderen religiösen und weltanschaulichen Traditionen und bezogen auf die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler zu erörtern. In dieser Erörterung sollen Perspektiven für ein eigenständiges und begründetes Wahrnehmen, Urteilen und Handeln entdeckt werden."

Die Schüler sollen sich in diesem Fach mit der Gegenwart der Menschheit, d.h. mit ihren Klagen, mit ihren Schmerzen, mit ihrer Freude auseinandersetzen. Sie sollen ihre Erfahrungen und Fragen, Hoffnungen und Ängste offen aussprechen und u.U. auch lernen, unterschiedliche Positionen anzuerkennen und damit zu leben.

In diesem Zusammenhang wird häufig die Frage gestellt: Können nicht auch andere Fächer diese Aufgaben lösen? Manches davon wird sicher auch in anderen Fachbereichen erörtert, z.B. im Deutschunterricht oder in den Fächern Musik und Kunst sowie in Sozialkunde. Aber im Religionsunterricht werden diese Fragen primär gestellt. Hier hat der Lehrer dazu ganz besondere Ruhe und Zeit und eine ganz besondere Form des Nachdenkens. Nicht zuletzt sollte aber gerade berücksichtigt werden, wie enorm der Nachholebedarf unserer Schüler in religiösem Wissen ist.

40 Jahre vorwiegend atheistische Erziehung haben Lücken hinterlassen, die das Verständnis der Kultur eines über Jahrhunderte christlich geprägten Europas in unterschiedlicher Art und Weise erschweren. So kann beispielsweise Goethes „Faust" nur voll erschlossen werden, wenn Elemente der biblischen Geschichte gegenwärtig sind. Jedes Fach setzt seine eigene Prioritäten. Religion wird hier als ein besonders „fachübergreifender" Kurs verstanden.

Ein letzter Gedanke soll sich noch einmal mit den Besonderheiten beschäftigen, die gerade an die Einführung dieses Faches in unserem Lebensraum geknüpft sind. Einerseits sollten wir auf die Erfahrungen der alten Bundesländer zurückgreifen. Sie können wertvolle Hilfe sein, um ein entstandenes Bildungsdefizit möglichst schnell auszugleichen. Andererseits müssen wir die Besonderheiten unserer Vergangenheit inhaltlich und didaktisch-methodisch berücksichtigen. Alle, die zu der Realisierung dieses neuen Faches beitragen, sollten die starke Prägung der Ideologie des Marxismus/Leninismus in der Vergangenheit und ihre Nachwirkungen bis in die Gegenwart hinein mit bedenken und bei der Einführung des Faches beachten, indem sie dazu beitragen, daß dieses Fach äußerst behutsam eingeführt wird.

F. Granzow

Gustav Brekenfeld

Eisenwaren • Werkzeuge • Baubeschlag • Schlüsseldienst
2754 Schwerin, Lübecker Straße 11, Telefon 86 47 86, Fax 86 47 86

Damit Sie gleich zweimal gut abschneiden.
Tisch- u. Kappkreissäge

MMB Meppener Maschinen Bau
Hauswasserwerk HWW 1000/20

DM 248,-
- stabiles Grauguß Pumpengehäuse
- Saughöhe max. 7 mtr.
- Fördermenge max. 2.5 m³/h
- Förderhöhe max. 41 mtr.

MMB Meppener Maschinen Bau
Solopumpe S 250/1000

DM 218,-
- stabiles Grauguß Pumpengehäuse
- Saughöhe max. 7 mtr.
- Fördermenge max. 2.5 m³/h
- Förderhöhe max. 41 mtr

MMB Meppener Maschinen Bau
Elektro-Schweißgerät SB 200 CT

DM 348,-
- max. Schweißstrom 200 A
- umschaltbar 220/380 V
- max. verschweißbare Elektrodenstärke 4 mm

MMB Meppener Maschinen Bau
Tischkreissäge Export HG 315

DM 485,-
- mit Höhenverstellung
- Schnitthöhe 0 - 85 mm
- zuverlässige Technik für die Praxis

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.00 Uhr
Sa 9.00 - 13.00 Uhr

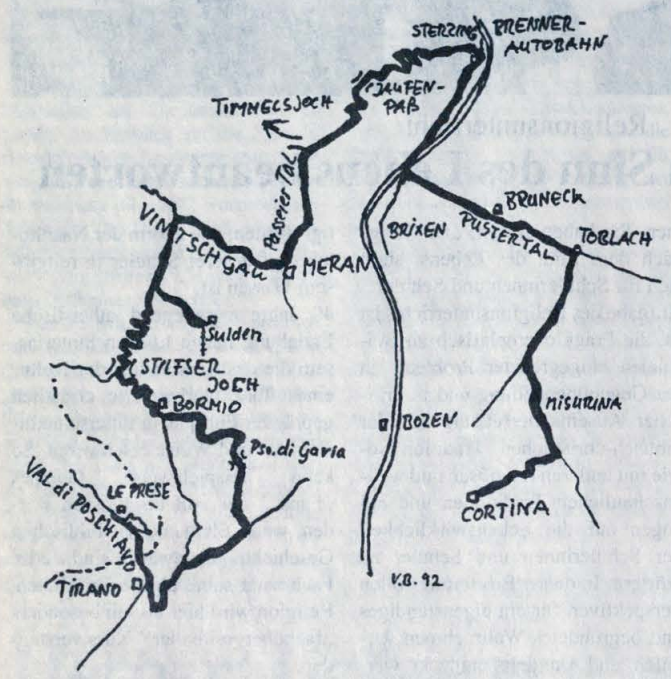
Jeden Samstag geöffnet

Reise

Serpentinen und Berge (4. Teil)

Eine Reise quer durch die Alpen

Serie von Volker Brüggemann



Über Nacht hatte es geregnet und die Berge glänzten so, als wären sie lackiert. Zunächst fuhren wir die schon bekannten Straßen, von Toblach das Pustatal abwärts, durch Bruneck bis nach Schabs. Von Schabs in Richtung Brenner, aber bloß nicht die Autobahn, sondern die Landstraße bis nach Sterzing, und hier sollte, nein, muß man Rast machen, um wenigstens die schönen Häuser rund um den Marktplatz zu bestaunen. Von Sterzing ging es nun das Jaufental entlang auf den Jaufenpaß zu. Langsam öffnet sich der Blick in das Passeier Tal, unter uns liegt St. Leonhard, und von dort zieht sich das Tal breit und grün bis nach Meran.

Hier muß man aufpassen, daß man auch die Straße Nr. 38 in's Vinschgautal erwischt. Die Straße ist lebhaft befahren und führt immer am Etsch entlang durch hübsche kleinere Städte wie Naturns, Castelbello (Burgruine), Latsch und Schlanders. In Spondinig hatten wir auch einen wunderschönen Blick auf die Bergregion, die unser nächstes Ziel sein sollte: Den Ortler mit dem Stilfser Joch. Das Tal wird enger und waldreich, neben uns rauscht der Suldenbach zu Tal. Die Abzweigung zu dem fast 2.000 Meter hohen Winter- und Sommerskiort Sulden ist kurz hinter Gomagoi. Wer immer diese Strecke fährt, sollte einen Abstecher nach Sulden nicht versäumen, so nah kommt man dem Ortler nie wieder.

Zurück in's Trafoir-Tal. Hier begann nun der eigentliche Paßanstieg, kurvenreich und eng, nicht sonderlich für Caravans geeignet. Hinter Trafoi ein richtiger Kurven-Kampf, mit immer wieder neuen großartigen Ausblicken auf die Gletscherwelt des Ortlers. Irgendwann war es dann so weit, - die Paßhöhe, das Stilfser Joch lag vor uns. Wir setzten unsere Fahrt in Richtung Bórmio fort.

Bórmio ist durch seine Thermalbäder, aber auch als Wintersportort bekannt. Hier beginnt eine der - wie so oft schon gesagt - aufregendsten Paßstraßen unserer Alpen-Fahrt. Die Paßstraße, die wir fuhren, war der Pso. di Gavia, eine Schotterstraße, eng und faszinierend wild. Zwischendurch mußten wir auf abenteuerliche Weise einen Straßen-Abbruch überwinden, weil der einsam dort arbeitende Baggerführer keinerlei Anstalten machte, die Straße zum Passieren freizugeben.

wir Tirano. Nun war es nicht mehr weit bis in die Schweiz. Die Berninabahn begleitete uns bergan, durch den Zoll bei Campocologno und in das Val Poschiavo mit seinem gleichnamigen See und dem Hotel Le Prese. Spät abends kamen wir an, müde, aber einen Spaziergang am stillen Seeufer ließen wir uns nicht entgehen. **(Fortsetzung folgt)**

Bei Ponte di Legno kamen wir dann wieder auf die Hauptstraße. Über Edolo und den Apricapaß nach Tresenda ging es nun flott voran, und nach ca. zehn Kilometer erreichten

Dresden - Spaziergänge

Matthias Gretzschel (Text) • Egbert Kosska (Fotos)

Landschaft und Architektur, Geistiges und Weltliches - in Dresden finden Gegensätze, die andernorts als unversöhnlich gelten, zu einer Harmonie, die noch heute spürbar ist. So ist es kein Wunder, daß es seit Jahrhunderten zahllose Musiker, Maler und Dichter in die schöne Stadt am Strom zog. Doch Dresden war nicht nur eine Stadt der Künste, Bühne für höfische Feste und Hort bürgerlichen Wohlstands - es gab auch Kriege und Zerstörungen. Am 13.Februar 1945 schien es, als würde die Stadt in einer einzigen Nacht für immer ausgelöscht werden.

Dieses Buch lädt zu elf Spaziergängen durch Dresden und seine Umgebung ein. Matthias Gretzschel, der sich bei seinen Führungen nicht auf die ausgetretenden Pfade beschränkt, läßt informativ und unterhaltsam zugleich Geschichte lebendig werden. Geschichten von Menschen und Häusern, Episoden und Ereignissen, die sich mit einem Platz, einer Straße oder einem Bauwerk verbinden - dem wechselvollen Schicksal der Stadt läßt sich auf vielfältigen Wegen nachspüren.

Historische Abbildungen und die stimmungsvollen Fotos begleiten die Ausflüge in Geschichte und Gegenwart einer der schönsten deutschen Städte.

Ellert & Richter Verlag
Format 17 x 23,5 cm
Klappenbroschur
DM 29,80

Reiseunternehmen pleite - wer zahlt die Rückreise?

Was passiert deutschen Touristen in fernen Urlaubsgefilden, wenn derweil ihr Reiseunternehmen Pleite macht und weder weiteren Aufenthalt noch Reisetransport bezahlen kann? Ein neues Bonner Gesetz soll jetzt die Rückreise des Urlaubers und die Erstattung gezahlter Gelder sicherstellen. Geboten ist diese Neuregelung nach EG-Recht, und zwar durch Artikel 7 der Europäischen Pauschalreiserichtlinie. Sie schreibt dem deutschen Gesetzgeber vor, im Falle der Zahlungsunfähigkeit oder des Konkurses des Reiseveranstalters oder Reisevermittlers die Erstattung gezahlter Beträge und die Rückreise des Verbrauchers zu garantieren.

Da bisher keine überzeugende Lösung gefunden wurde, machte die Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages den Vorschlag, einen Garantie-Pool zu bilden. In der ersten Stufe ist vorgesehen, daß jeder Reiseveranstalter eine vom Umsatz abhängige Sicherheitsleistung von 3.000 bis 5.000 DM in den Pool einzahlt. in einer zweite Stufe ist dann die Abdeckung eines Spitzenrisikos durch den Abschluß geeigneter Versicherungen vorgeschlagen, die aus laufenden Beiträgen an den Pool finanziert werden sollen. Berechnungen zufolge dürfte der Topf bald um die 40 Millionen DM ansammeln, so daß dann schon bald die Beträge wieder sinken könnten. Für Verbraucher und für kleine und mittlere Unternehmen ist dies eine gute Lösung. Aus Sicht der Unionspolitiker ist allerdings unbedingt darauf zu achten, daß mit der Poolverwaltung kein neuer aufgeblähter Apparat entsteht.

(pp)

LN DRUCK

Die Offsetdruckerei, die Beratung und Service großschreibt.

Duftdruck und Holografie kennen wir.

Modernste Technik in den Bereichen:

Satz
Repro
Buchbinderei
Druck und
Versand.

Unser Außendienst besucht Sie gern.

LN-Druck, Herrenholz 10-12
2400 Lübeck 1
Telefon (0451) 144 17 11
Fax (0451) 144 10 28

HONDA PAETZEL
Motorräder u. Service
Max-Planck-Str. 5
2418 Ratzeburg
Tel. 0 45 41 / 57 76

Wann?
Wann erhalten Kinder ihr eigenes Selbstvertretungsrecht? Es gibt gute Beispiele für kommunale Kinderparlamente, wann werden sie bei uns realisiert? Wir brauchen Ihre Hilfe.

Spendenkonto 2626
Kreissparkasse Harburg
(BLZ 207 500 00)
Deutsche Hilfe für Kinder von Arbeitslosen e.V.
Lüneburger Straße 44,
2100 Hamburg 90

Coupon:
Senden Sie mir bitte Informationsmaterial:
Name / Anschrift:

START IN DEN FRÜHLING
FREIZEIT, FREIHEIT UND FAHRSPASS.
OMEGA CARAVAN CLUB.

Hallo, Frühling; hallo, Freizeit! Im Omega Caravan Club erfahren Sie den Frühling besonders schön: mit getönter Rundumverglasung, Stereo-Cassetten-Radio und manueller Niveau-Regulierung. Natürlich mit dem DSA-Fahrwerk und serienmäßigem ABS für höchste Fahrsicherheit. Werden Sie Mitglied im Club!

IHR FREUNDLICHER OPEL HÄNDLER

OPEL
Motorkraft Crivitz GmbH
O-2712 Crivitz
Eichholzstr. 61 · Tel. 59 36